

Francia – Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Bd. 37

2010

DOI: 10.11588/fr.2010.0.44889

Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA), zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

THIES SCHULZE

BISCHOF IN EINEM FREMDEN LAND

Der Straßburger Bischof Charles Ruch zwischen Katholizismus
und Nationalismus, 1919–1931¹

»Je suis donc, en ce pays très particulariste, un étranger«² – mit diesen verzweifelten Worten beschrieb der Bischof von Straßburg, Charles Ruch, 1931 seine Stellung im Elsass. Von seiner Ernennung zum Bischof im Jahr 1919 an war Ruch mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, die partikularistischen Tendenzen im deutschsprachigen, noch in der Tradition des Kaiserreichs stehenden Klerus einzudämmen und das Bistum in den französischen Staat zu integrieren. Bis zu seinem Tod im Jahr 1945 sollten ihn die gesellschaftlichen Zerwürfnisse unter den Katholiken immer wieder beschäftigen.

Charles Joseph Eugène Ruch war 1873 als Sohn eines katholischen Vaters und einer protestantischen Mutter in Nancy zur Welt gekommen. Nach einem Studium am Grand Séminaire seiner Heimatstadt und am Institut catholique von Paris hatte er 1898 die Doktorwürde erlangt, ein Jahr, nachdem er zum Priester geweiht worden war. Unter den Kandidaten, die für das Straßburger Bischofsamt zur Wahl standen, galt er als »national« gesinnt; in der Zeit des Ersten Weltkrieges hatte Ruch das französische Heer als Militärseelsorger betreut. Im Oktober 1918 wurde er schließlich als Nachfolger des verstorbenen Charles-François Turinaz an die Spitze der Diözese Nancy berufen³. Nur ein Jahr später erfolgte seine Ernennung zum Straßburger Bischof.

Die Situation in Ruchs neuer Diözese war alles andere als einfach. Nach dem Einmarsch französischer Truppen im November 1918 wurden die Geschicke des Elsass zunächst von der Pariser *présidence du Conseil* geleitet, bevor im März 1919 wesentliche Entscheidungskompetenzen an das in Straßburg ansässige Generalkommissariat fielen. Gerade in den Monaten, die unmittelbar auf den Waffenstillstand folgten, waren Spannungen zwischen Teilen der elsässischen Bevölkerung und der neuen Regierung deutlich zu spüren; so kam es am Rande des Textilarbeiter-Streiks in Mulhouse im August 1919 zu pro-deutschen Protesten⁴. Dennoch waren die Sym-

1 In den Anmerkungen werden folgende Abkürzungen verwendet: AAS: Acta Apostolicae Sedis; A.E.S.: Affari Ecclesiastici Straordinari; Arch. Nunz. Parigi: Archivio della Nunziatura di Parigi; ASV: Archivio Segreto Vaticano; BBKL: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon; PA/AA: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts.

2 Ruch an Maglione (14.3.1931), ASV, A.E.S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 199, fol. 16r–17v, hier fol. 16v.

3 René EPP, *Figures du catholicisme en Alsace 1789–1965*, Straßburg 2007, S. 299.

4 Vgl. Stefan FISCH, *Der Übergang des Elsass vom Deutschen Reich an Frankreich 1918/19*, in:

pathien, die innerhalb der Bevölkerung für eine größtmögliche regionale Unabhängigkeit laut wurden, nur in Ausnahmefällen gegen die Zugehörigkeit der Region zum französischen Staat gerichtet. Viele Elsässer begriffen ihren Einsatz für regionale Sonderrechte eher in Kontinuität zu den Auseinandersetzungen, die das Elsass als ›Reichsland‹ geführt hatte⁵.

Die Region, in die Ruch 1919 kam, war stark katholisch geprägt. Im Jahr 1936 lag der katholische Bevölkerungsanteil bei etwa 90 Prozent im Haut-Rhin und bei 71 Prozent im Bas-Rhin. Bis in das 20. Jahrhundert hinein waren die Sonntagsmessen gut besucht, auch wenn die von Alfred Wahl und Jean-Claude Richez genannte Zahl von 90 Prozent Kirchgängern wahrscheinlich etwas zu hoch angesetzt ist⁶. Solche Voraussetzungen – so mag es erscheinen – hätten Ruch bei seiner Aufgabe helfen können, die Konflikte zwischen der deutsch- (bzw. dialekt-) und französischsprachigen Bevölkerung zu lindern. Andererseits erscheint es aber durchaus fraglich, ob auf der Grundlage einer gemeinsamen Religion die Aufgabe, die durch den Weltkrieg wie auch durch die vorangegangenen deutsch-französischen Konflikte tief gesplattene Bevölkerung zu einen, überhaupt zu bewältigen war. Es stellt sich daher die Frage, ob die katholische Religion konfliktlindernd wirken konnte, oder ob sich die Konfliktparteien der Wirkungsmacht der Religion bedienten, um ihre Ziele durchzusetzen. Wie kam Ruch als französischer ›Patriot‹ in seiner neuen Diözese zurecht? Und auf welche Weise betrachtete der Vatikan die Vorgänge, die sich in der Straßburger Diözese in den 1920er Jahren abspielten? Die Spannungen innerhalb der elsässischen Bevölkerung stellten nämlich auch den Heiligen Stuhl vor das erhebliche Problem, im Streit der Nationalitäten den Anschein der Überparteilichkeit zu wahren, dabei aber zugleich als politischer Akteur aufzutreten.

Im Folgenden werden drei Stationen aus der Amtszeit des Bischofs im Mittelpunkt stehen: Die Frage der Bischofsernennung im Jahr 1919, die das spätere Vorgehen bei Bischofswahlen nachhaltig beeinflusste; Ruchs Einsatz für die Konfessionsschule in der Auseinandersetzung mit der sozialistischen Regierung Herriot in den Jahren 1924 und 1925; und schließlich seine Parteinahme, als sich 1928 die Nachfolgepartei des Zentrums Union populaire républicaine (UPR) in ein pro-französisches und ein regionalistisches Lager spaltete. Die schwierige Stellung des Straßburger Bischofs wird in diesen drei Konflikten besonders deutlich sichtbar. Zugleich weisen die Streitigkeiten über einen bloßen biographischen Zusammenhang hinaus: In ihnen spiegeln sich nicht nur wesentliche gesellschaftliche Konflikte und Konstellationen im Elsass der Zwischenkriegszeit, an ihrem Beispiel lässt sich vielmehr auch erkennen, wie die diplomatischen Beziehungen des Vatikans zu Frankreich und dem Deutschen Reich die Handlungsoptionen des Bischofs einschränkten.

Michael ERBE (Hg.), *Das Elsass. Historische Landschaft im Wandel der Zeiten*, Stuttgart 2002, S. 147–152, hier S. 149–151.

5 René EPP, *Histoire de l'Église catholique en Alsace des origines à nos jours, avec la collaboration de René Pierre LEVRESSE und Charles MUNIER*, Rom 2004, S. 430f.

6 Die Zahl beruht auf Statistiken, die im Rahmen von Pastoralvisiten entstanden sind. Alfred WAHL, Jean-Claude RICHEZ, *L'Alsace entre France et Allemagne 1850–1950*, Paris 1994, S. 123–125.

Die Forschungsliteratur hat sich nur in begrenztem Maße mit der Lage der Katholiken in Elsass-Lothringen zu Zeiten der Weimarer Republik befasst. Am besten untersucht sind bislang zweifellos die katholischen Parteien⁷. Über die Biographie Ruchs⁸, die innerkirchlichen Entwicklungen der Diözese⁹ oder auch die politischen Debatten um das Elsass¹⁰ ist vergleichsweise wenig bekannt. Da im Diözesanarchiv von Straßburg kaum Dokumente aus der Zwischenkriegszeit erhalten sind¹¹, war der Mangel an Quellen bis vor kurzem groß. Durch die Öffnung der Bestände des Vatikanischen Geheimarchivs aus dem Pontifikat Papst Pius XI. im Jahr 2006 hat sich die archivalische Lage indes deutlich gebessert. In erster Linie auf der Grundlage dieser Quellen soll im Folgenden versucht werden, die schwierigen Beziehungen des Bischofs zu seiner Diözese anhand der drei genannten Beispiele zu skizzieren.

Die Ernennung zum Bischof in Straßburg (1919)

Als sich der Erste Weltkrieg seinem Ende näherte, musste sich der Vatikan mit der Frage beschäftigen, wie er auf die immer wahrscheinlicheren territorialen Veränderungen reagieren sollte. Die Voraussetzungen, um den sich anbahnenden Übergang der Region zum französischen Staat durch gezielte Personalpolitik zu untermauern, waren durchaus günstig: Der Bischof von Straßburg, Adolf Fritzen, hatte im August 1918 seinen achtzigsten Geburtstag begangen und konnte aus Altersgründen vom Bischofsstuhl zurücktreten. Bereits seit 1891 leitete er das Bistum Straßburg und hatte sich während seiner langen Amtszeit für eine moderate Heranführung seiner Diözese an den preußisch-deutschen Staat eingesetzt¹².

Fritzen war sich der Gefahr, die ein bevorstehender Friedensschluss für die Interessen der katholischen Kirche im Elsass bedeuten konnte, bewusst. Im November

- 7 Hierzu vor allem Christian BAECHLER, *Le parti catholique alsacien 1890–1939. Du Reichsland à la République Jacobine*, Paris 1982.
- 8 Vor allem zu nennen ist die von Pierre LORSON, S.J., verfasste Biographie, Charles Ruch. *Evêque de Strasbourg*, Straßburg, Paris 1948, die allerdings wenig Distanz zur Person Ruchs erkennen lässt; EPP, *Figures* (wie Anm. 3), S. 299–303.
- 9 Hierzu v.a. Francis RAPP (Hg.), *Le diocèse de Strasbourg*, unter Mitarbeit v. L. CHÂTELLIER, R. EPP, C. MUNIER und R. WINLING, Paris 1982 (*Histoire des diocèses de France*, 14); Christian BAECHLER, *Les relations entre Mgr Ruch et le Clergé alsacien lors de la crise autonomiste de 1925/1929, vues à travers un mémorandum de décembre 1929*, in: *Archives de l'Église d'Alsace* XLIV (1985), S. 297–320; EPP, *Histoire* (wie Anm. 5).
- 10 François G. DREYFUS, *La vie politique en Alsace 1919–1936*, Paris 1969 (*Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques*, 173); DERS., *Histoire de l'Alsace*, Paris 1979. Zur nationalen und regionalen Identitätsstiftung u.a.: Stephen L. HARP, *Learning to Be Loyal. Primary Schooling as Nation Building in Alsace and Lorraine, 1850–1940*, Dekalb 1998; Laird BOSWELL, *From Liberation to Purge Trials in the »Mythic Provinces«: Recasting French Identities in Alsace and Lorraine, 1918–1920*, in: *French Historical Studies* 23 (2000), S. 129–162; Christopher FISCHER, *Alsace to the Alsatians? Visions and Divisions of Alsatian Regionalism, 1890–1930*, in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington, D.C.* 36 (2005), S. 55–62; David Allen HARVEY, *Constructing Class and Nationality in Alsace 1830–1945*, Dekalb 2001.
- 11 Claude MULLER, *L'opinion du vicaire général Jost sur Mgr Ruch*, in: *Archives de l'Église d'Alsace* XLVI (1987), S. 337–344, hier S. 337.
- 12 Vgl. Erwin GATZ, Adolf Fritzen, in: DERS. (Hg.), *Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803–1945. Ein biographisches Lexikon*, Berlin 1983, S. 219–221.

1918 – als Straßburg noch von deutschen Truppen gehalten wurde – bat er den Papst, den Kampf um die »religiöse Freiheit« im Elsass zu unterstützen, sollte die Region nach dem Krieg an Frankreich fallen¹³. Die Sorge des Bischofs war begründet; 1905 hatte die französische Regierung das Konkordat, das 1801 noch unter napoleonischer Herrschaft geschlossen worden war, aufgekündigt¹⁴. Dagegen hatte die konkordatäre Ordnung in Elsass-Lothringen auch zu Zeiten des Bismarckreiches weiterbestanden. Damit war das Verhältnis von Kirche und Staat auf dem elsässischen Territorium in zentralen Punkten ungeklärt: Denn die in Frankreich gültigen Gesetze sahen keine staatliche Finanzierung von Religionsgemeinschaften vor, erschwerten die Gründung religiöser Vereine erheblich und schränkten die Privilegien drastisch ein, die die Kirche auf dem Gebiet der Bildung genossen hatte¹⁵.

Das päpstliche Staatssekretariat hatte den Ernst der Lage indes verstanden und seinerseits weiter reichende Maßnahmen in Erwägung gezogen. Ende November erhielt der Abt von Einsiedeln, Fidelis von Stotzingen, den Auftrag, die Abdankung Fritzens und seines Metzger Amtskollegen Willibrord Benzler vorzubereiten, um die schwierige kirchenrechtliche Situation nicht zusätzlich zu belasten und angesichts einer möglicherweise bevorstehenden Auswanderungswelle deutscher Geistlicher bereits personelle Vorkehrungen zu treffen. Stotzingen sollte sich dieser »delikatsten Frage« annehmen und die beiden Hirten von der Nützlichkeit eines Amtsverzichts überzeugen¹⁶. Der Abt von Einsiedeln antwortete am 12. Dezember 1918 allerdings, dass die Einreise in das inzwischen unter französischer Militärherrschaft stehende Gebiet nicht möglich sei und auch keine Möglichkeit bestehe, geschlossene Briefe nach Straßburg zu übersenden. Deshalb schlug er dem Vatikan vor, eine Vertrauensperson mit französischer oder nötigenfalls schweizerischer Staatsbürgerschaft ins Elsass zu entsenden, da in beiden Fällen anzunehmen sei, dass der Gesandte die Erlaubnis zur Einreise erhalten werde¹⁷.

Unterdessen hatte der Pariser Erzbischof, Léon-Adolphe Kardinal Amette, auf Bitte der französischen Regierung bereits am 2. Dezember aus Paris vermeldet, der französische Staat sei offenbar bereit, das Fortbestehen des Konkordates von 1801 für die Regionen Elsass und Lothringen anzuerkennen¹⁸. Das daraus folgende Procedere für Bischofsernennungen war durchaus im Sinne der französischen Regierung, die nach den Artikeln 4 und 5 des Konkordates die Ernennung der Bischöfe vornehmen konnte, während der Heilige Stuhl mit dem Recht der kanonischen Ein-

13 Fritzen an Hl. Vater (8.11.1918), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1294, fasc. 683, 122r–123r, hier 122r.

14 Gérard CHOLVY, Yves-Marie HILAIRE, *Histoire religieuse de la France*, Bd. 2: 1880/1930, Toulouse 1986 (Bibliothèque historique Privat), S. 107–121.

15 Vgl. Jean-Paul DURAND, *Das französische Trennungsgesetz von 1905 und seine Folgen*, in: *Die Trennung von Staat und Kirche. Modelle und Wirklichkeit in Europa*, Münster 2007 (Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, 40), S. 5–11.

16 Staatssekretariat an Fidelis von Stotzingen (27.11.1918 – Entwurf), A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1294, fasc. 683, fol. 129rv.

17 Stotzingen an Gasparri (12.12.1918), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 683, fol. 136r–137v.

18 Amette an Staatssekretariat (2.12.1918), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 683, fol. 135rv.

setzung über eine Art Vetorecht verfügte¹⁹. Mit der lokal begrenzten Einführung des Konkordates sollte eine kirchenrechtliche Sonderzone innerhalb des französischen Staates entstehen. Für die katholische Kirche war dies eine attraktive Gelegenheit, den laizistischen Charakter des französischen Staates aufzuweichen. Wie führende französische Regierungsmitglieder dürfte der Kardinalstaatssekretär überdies gehofft haben, mit der politischen Annäherung einen ersten Schritt zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen getan zu haben²⁰, da selbst ein nur regional geltendes Konkordat einen regelmäßigen Austausch auf außenpolitischer Ebene erforderlich machte. Die Ablösung des Straßburger Bischofs erschien deshalb dringlicher denn je.

Auf welche Weise der Wunsch des Heiligen Vaters Bischof Fritzen erreichte, ist ungeklärt; vermutlich erreichte seine Bitte den Bischof gemeinsam mit dem Vorschlag, ihm für die noch zu überbrückende Übergangszeit einen französischen Koadjutor zur Seite zu stellen²¹. Auf jeden Fall erreichte das Demissionsgesuch des Bischofs noch Ende Dezember das Päpstliche Staatssekretariat. Fritzens Schreiben war – trotz zahlreicher rhetorischer Verbeugungen vor der Autorität des Papstes – allerdings durchaus anzumerken, dass sein Verfasser den Rückzug vom Bischofsamt nicht als pure Notwendigkeit ansah:

»Vu mes 81 ans je crois qu'il faudrait un jeune évêque dans la force de l'âge et de nationalité française pour prendre les initiatives nécessaires et adaptées au nouvel état des choses. J'aimerais bien conserver jusqu'à ma mort, si faire se peut, mon titre d'évêque de l'église de Strasbourg, à laquelle m'unissent après un épiscopat de 27 ans des biens si nombreux et si affectueux. Le coadjuteur cum jure successionis que Votre Sainteté voudra bien choisir, devrait en même temps être chargé de l'administration du diocèse. Je crois que tout le diocèse serait heureux de cette solution. Mais dès aujourd'hui je me soumetts de grand cœur à toute autre solution que Votre Sainteté dans sa bonté et dans sa sagesse suggéra la meilleure et la plus favorable au bien de mon cher diocèse de Strasbourg²².«

19 Jean-Baptiste JEANGÈNE VILMER, Commentaire du Concordat de 1801 entre la France et le Saint-Siège, in: *Revue d'histoire ecclésiastique* 102 (2007), S. 124–154, hier S. 144. Zum Konkordat von 1801 siehe Rodney J. DEAN, *L'Église constitutionnelle. Napoléon et le Concordat de 1801*, Paris 2004. Der Text des Konkordats findet sich in: Angelo MERCATI (Hg.), *Raccolta di concordati su materie ecclesiastiche tra la Santa Sede e le autorità civili*, Bd. 1: 1098–1914, Roma 1954, S. 561–565, hier S. 562f.

20 Die Einrichtung diplomatischer Vertretungen sollte im Mai 1920 vereinbart werden. Während des Ersten Weltkriegs hatte der Heilige Stuhl bereits mit zahlreichen Ländern die Einrichtung diplomatischer Beziehungen vereinbart. CHOLVY, HILAIRE, *Histoire* (wie Anm. 14), S. 272–276; Adrien DANSETTE, *Histoire religieuse de la France contemporaine. Sous la III^e République*, Paris 1951, S. 500–508.

21 Von einem solchen Vorgehen war in einem Schreiben des Staatssekretariats an Fritzen vom Januar 1919 die Rede. Staatssekretariat an Fritzen (31.1.1919), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 684, fol. 14rv.

22 Fritzen an Hl. Vater (17.12.1918), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 683, fol. 138r u. 140r, hier fol. 140r.

Dem eher unfreiwilligen, wenn auch eigenständig angebotenen Amtsverzicht des Bischofs von Straßburg begegnete die deutschsprachige Elite im Elsass mit gemischten Gefühlen. Eine Gruppe deutscher Katholiken richtete wenig später ein Schreiben an den Heiligen Vater, das ein elsass-lothringisches Recht auf staatliche Eigenständigkeit postulierte und den Papst bat, Beistand gegen die »französische Besatzung« zu leisten²³.

Solche Versuche waren indes längst von der Realität überholt. Nicolas Delsor, früherer Zentrumsabgeordneter im Reichstag und Mitbegründer der katholischen Regionalpartei UPR²⁴, hatte dem Vatikan bereits seine Überlegungen übermittelt, welche Qualifikationen der zukünftige Bischof mitbringen sollte: Er nannte an erster Stelle die Bedingung, dass der Kandidat nicht aus dem Diözesanklerus stammen dürfe, da dies Grabenkämpfe unter den Priestern zur Folge haben könne und darüber hinaus nicht zu erwarten sei, dass ein Hauskandidat mit den französischen Besonderheiten der Beziehung von Staat und Kirche vertraut sei. Schließlich sei es unbedingt erforderlich, dass der Kandidat nicht aus Frankreich stamme, wenn er nicht zumindest der deutschen Sprache mächtig sei. Delsor schloss aus dem Gesagten, dass ein französischer Priester aus dem Elsass gesucht werden müsse, der beide Sprachen und Kulturen kenne. Eine geeignete Person sei ihm, Delsor, nicht bekannt²⁵.

Papst Benedikt XV. hatte davon abgesehen, die Rücktrittsgesuche der beiden Bischöfe aus Elsass-Lothringen anzunehmen, solange die Herrschaft Frankreichs nicht feststand²⁶. Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri hielt am 29. März 1919 die Interessen des Heiligen Stuhls in der Frage der Bischofsernennungen fest: Es müsse darauf geachtet werden, dass die Bistümer nicht vakant würden, falls der französische Staat nicht sofort einen personellen Vorschlag unterbreiten könne. Gasparri empfahl, sich bereits im Vorfeld auf informeller Ebene mit der französischen Regierung auf einen Kandidaten zu einigen und bei den Sondierungen zu verstehen zu geben, dass der Vatikan bereit sei, den Wünschen der Regierung entgegen zu kommen. Amette solle dabei andeuten, dass der Heilige Stuhl Ruch als Kandidaten gerne akzeptieren werde²⁷. Das päpstliche Staatssekretariat hatte nämlich eine Liste mit drei möglichen Kandidaten erstellt, auf der Ruch neben zwei anderen Kandidaten als Favorit erschien²⁸. Einen Monat darauf bat Kardinal Amette den französischen Regierungs-

23 Schreiben der Autonomistischen Partei Elsass-Lothringens an den Hl. Vater (31.1.1919), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 684, fol. 16r–18r.

24 Zur Biographie Delsors siehe EPP, Figures (wie Anm. 3), S. 281–284; siehe auch BAECHLER, Parti (wie Anm. 7), S. 587–589.

25 Mosser an Gasparri (11.2.1919), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 684, fol. 19r–20v, hier bes. fol. 19v–20r.

26 Copie d'une note rédigée par Mgr. Pelt, évêque de Metz pour Mgr. Battifol le 8 Février 1924, ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 455, fasc. 1, fol. 95r.

27 Amette an Staatssekretariat (29.3.1919), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 684, fol. 36r–37v.

28 Genannt wurden auf der Liste zudem Kanonikus Adam, Generalvikar von Paris, und der Rektor von Saint-Louis-des-Français in Rom, Monsignore Auguste Marie Félix Boudinhon, der 1890–1916 Professor für Kanonisches Recht in Paris gewesen war. Kandidaten für den Bischofsstuhl von Straßburg (o.D. und Verfasser), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 684, 34r. Zu den Kandidaten siehe Qui-êtes-vous? Annuaire des contemporains, Paris 1924, S. 3 u. 102.

chef Georges Clemenceau in einem Gespräch, ein Schreiben zu verfassen, in dem Ruchs Ernennung mitgeteilt werde²⁹.

Unterdessen hatte die französische Regierung die Ernennungsdekrete allerdings schon in den Amtsblättern veröffentlicht³⁰. Erzürnt schrieb daraufhin der Kardinalstaatssekretär am 25. April 1919 an Amette, der Heilige Vater habe von den Bischofsernennungen erst aus der Zeitung erfahren. Die Ernennungen seien unrechtlich, da nach kanonischem Recht ein Bischofsstuhl nur im Falle einer Vakanz neu besetzt werden könne. Da Fritzens Demissionsgesuch noch nicht angenommen worden war, fehle jede rechtliche Grundlage. Am selben Tag ging ein Schreiben ähnlichen Inhalts an Ruch³¹. Dieser gab die vom Staatssekretariat wahrscheinlich erwartete Antwort, er werde sich den Anweisungen des Heiligen Vaters beugen. Allerdings zeigt das Schreiben auch, dass Ruch alles andere als begeistert von seiner Ernennung war:

»Mais il me semble que la Providence m'offre une lourde et redoutable croix. Puisque c'est Dieu qui l'a choisie et qu'elle m'est présentée par vos mains, je l'accepte et je l'embrasse, quelle qu'elle soit. Mais Votre Sainteté ne sera pas surprise et Dieu me pardonnera, si je le fais les larmes aux yeux³².«

Sicherlich können demütige Worte gerade im Rahmen von Bischofsernennungen einiges dazu beitragen, einen Kandidaten in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Ruch allerdings schien zu hoffen, dass die beinahe resigniert anmutende Bemerkung dazu beitragen könne, seine Versetzung aus dem benachbarten Nancy zu verhindern. Gut zwei Tage später jedenfalls bat er den Heiligen Vater erneut, das Straßburger Bistum nicht übernehmen zu müssen und sein religiöses Leben im Orden der Kartäusermönche fortsetzen zu dürfen. Der designierte Bischof führte fünf Gründe an, aus denen er die falsche Wahl für den Bischofsstuhl sei: Ihm fehle die Bindung zum Episkopat – was bereits Turinaz festgestellt habe –, zudem seien seine Sprachkenntnisse mangelhaft, da er weder Deutsch noch den Dialekt beherrsche. Ein großer Teil der Elsässer werde vor den Kopf gestoßen, weil man die Ernennung eines einheimischen Priesters erwarte. Nach der vorschnellen Veröffentlichung der Ernennungsdekrete sei es überdies kaum noch möglich, ihn zum Bischof zu ernennen, da dies als Nachgeben gegenüber der französischen Regierung interpretiert werden würde. Schließlich sei es bereits seit längerem sein Ziel, in den Orden einzutreten, was er dem Heiligen Stuhl bereits vor seiner Ernennung zum Bischof von Nancy geäußert habe. Da er beabsichtige, zu späterer Zeit erneut ein entsprechendes Gesuch einzureichen, könne die Ernennung zum Bischof von Straßburg einer langfristigen Planung im Wege stehen³³. Doch allen Einwänden zum Trotz bestand der Papst auf

29 Amette an Staatssekretariat (24.4.1919), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 684, 65rv.

30 Dekret des französischen Ministerpräsidenten vom 23.4.1919, in: Journal Officiel, Jg. 51, Nr. 111 (24.4.1919), S. 4226.

31 Staatssekretariat an Amette (29.4.1919 – Entwurf), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 684, fol. 68rv; Staatssekretariat an Ruch (29.4.1919 – Entwurf), *ibid.*, fol. 69rv.

32 Ruch an Hl. Vater (29.4.1919), ASV, A. E. S. Francia, 3. Per., Pos. 1293, fasc. 684, fol. 77rv.

33 Ruch an den Hl. Vater (21.5.1919), *ibid.*, fol. 91r–93r.

der Ernennung des Bischofs von Nancy³⁴, dem das Staatssekretariat die schwierige Aufgabe am ehesten zutraute. Die Amtsübernahme Ruchs sollte ebenso unfreiwillig vonstatten gehen wie der Amtsverzicht seines Vorgängers. Nachdem das Staatssekretariat Fritzen und Benzler mitgeteilt hatte, dass man nunmehr bereit sei, den Rücktritt der deutschen Bischöfe zu akzeptieren, bestätigte Fritzen im Juli 1919 die Niederlegung seiner Bischofswürde³⁵.

Am 13. September 1919 traf Ruch in Straßburg ein. Seine pro-französische Haltung, aber auch die auf formal fragwürdige Weise von der französischen Regierung vorgenommene Ernennung schadeten seinem Ansehen von Anfang an. Die Einschätzung, die er über seine Sprachkenntnisse geäußert hatte, schien weitgehend zuzutreffen, auch wenn er sich schnell bemühte, die deutsche Sprache zu erlernen³⁶. Dass er ein Kandidat war, der vor allem der französischen Regierung genehm war, zeigte sich bereits zu Beginn seiner Amtszeit. Schon im November setzte er sich für die Gründung der Union alsacienne Jeanne d'Arc ein, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, an das Wirken der Jungfrau von Orléans zu erinnern und in Straßburg ein an sie gemahnendes Denkmal zu errichten. Vom Papst ließ sich der Bischof genehmigen, die Jungfrau von Orléans in den Festkalender der Diözese aufzunehmen³⁷. Im Vorfeld der Kanonisierung der Jungfrau von Orléans, die am 16. Mai 1920 im Beisein französischer Regierungsvertreter und zahlreicher Kirchlicher Würdenträger im großen Rahmen in Rom begangen wurde und ein kirchliches Entgegenkommen gegenüber dem französischen Staat andeutete, nahmen sich Ruchs Aktivitäten wie ein Bekenntnis zum französischen Klerus aus³⁸. Obwohl Ruch darauf achtete, Lokalheilige ebenfalls in den Heiligenkalender aufzunehmen, wurden in Straßburg und Mulhouse neu gegründete Pfarrbezirke in den folgenden Jahren nach Jeanne d'Arc benannt³⁹. Die deutsche Diplomatie betrachtete die Vorgänge indes mit wenig Wohlwollen. An der Vatikanbotschaft sprach man über die Ernennung Ruchs als von einem »außerordentlichen Entgegenkommen des Papstes gegenüber Frankreich«⁴⁰. Auch im Elsass zeigte sich, wie umstritten der Bischof war: Nachdem Ruchs Vorgänger Adolf Fritzen am 7. September 1919 gestorben war, geriet das Begräbnis zu einer letzten Versammlung kirchlicher Würdenträger, die im Umfeld der Zentrumsparterie sozialisiert worden waren⁴¹. Das elsässische Zentrum hatte zu Zeiten der Zugehörigkeit zum Reich eine wichtige Rolle für die Region gespielt und sich für die Stärkung regionaler Rechte eingesetzt, was zeitweise zu erheblichen Spannungen mit der deutschen Mutterpartei gesorgt hatte. Politiker wie Abbé Charles Didio oder

34 Staatssekretariat an Ruch (18.6.1919 – Entwurf), *ibid.*, fol. 103rv.

35 Fritzen an Hl. Vater (18.7.1919), *ibid.*, fol. 111r.

36 LORSON, Ruch (wie Anm. 8), S. 135f. u. 145.

37 *Ibid.*, S. 153f. u. 156.

38 Harry W. PAUL, *The Second Ralliement: The Rapprochement between Church and State in France in the Twentieth Century*, Washington D.C. 1967, S. 59. Stelio MARCHESE, *La Francia ed il problema dei rapporti con la Santa Sede (1914–1924)*, Napoli 1969, S. 247.

39 *L'Alsace depuis son retour a la France, premier supplément: Vie politique administrative et social. Vie intellectuelle, artistique et spirituelle. Vie économique*, Straßburg 1937, S. 169.

40 Aufzeichnung aus den Beständen der Vatikanbotschaft (o. Verf.) (28.4.1919), S. 1–3, hier S. 2, PA/AA, Rom-Vatikan, Bd. 76, o.S.

41 FISCH, Übergang (wie Anm. 4), S. 147f.; LORSON, Ruch (wie Anm. 8), S. 136.

Eugène Ricklin, die in den 1920er Jahren die Politik der katholischen Regionalpartei UPR maßgeblich mitbestimmten, hatten ihre Karriere im Kaiserreich begonnen. Trotz der Pressezensur im späten 19. Jahrhundert waren neben dem »Elsässer« zahlreiche katholische und deutschsprachige Lokal- und Regionalzeitungen entstanden, die nach dem Versailler Friedensvertrag weiterhin erschienen⁴².

Der Konflikt mit der Regierung Herriot (1924–1925)

Bereits fünf Jahre nach seiner Ernennung stand dem Bischof eine große Bewährungsprobe bevor. Zuvor hatte die Annäherung zwischen Frankreich und dem Vatikan, die sich im Ersten Weltkrieg angebahnt und schließlich im Mai 1920 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführt hatte, die Integration des Elsass^f in den französischen Staat erleichtert. Nachdem allerdings das Linkskartell am 11. Mai 1924 die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung gewonnen hatte, kündigte der neue Regierungschef Édouard Herriot am 17. Juni an, seine Politik gegenüber der katholischen Kirche grundlegend zu verändern. Seine Andeutungen, die französische Botschaft am Heiligen Stuhl auflösen zu wollen, schienen zugleich den Fortbestand des Konkordates in Elsass-Lothringen zu gefährden, zumal Befürworter des diplomatischen Austauschs die in den drei östlichen Departements geltende kirchenrechtliche Sonderregelung nur vier Jahre zuvor als Argument für die Wiedererrichtung der Vatikanbotschaft ins Feld geführt hatten⁴³. Herriot äußerte in seiner Regierungserklärung zudem Pläne, die Gesetzgebung in Elsass-Lothringen der französischen Norm anzupassen:

»[Le gouvernement] réalisera la suppression du Commissariat Général et préparera les mesures qui permettront, en respectant les situations acquises, en ménageant les intérêts matériels et moraux de la population, d'introduire en Alsace et en Lorraine l'ensemble de la législation républicaine⁴⁴.«

Da er in der gleichen Rede die Abschaffung des seit 1919 bestehenden Elsass-Lothringischen Generalkommissariats ankündigte und sich für das Prinzip der Laizität aussprach, sahen Vertreter der katholischen Kirche die regionale Eigenständigkeit und die auf dem Konkordat von 1801 beruhende Sondergesetzgebung gefährdet. Herriot vertrat nämlich die Ansicht, dass bereits die deutsche Regierung die konkordatäre Ordnung in Elsass-Lothringen nach 1870 abgeschafft habe⁴⁵.

42 BAECHLER, Parti (wie Anm. 7), S.29–37, 124–127, 184–189. Zu Ricklin *ibid.*, S.180–182. Zu Didio *ibid.*, S.723.

43 PAUL, Ralliement (wie Anm. 38), S.51.

44 Die Regierungserklärung Édouard Herriots am 17. Juni 1924, in: Das Elsass von 1870–1932, Bd. 4: Karten, Graphiken, Tabellen, Dokumente, Sach- und Namenregister, Colmar 1938, S.422, Nr. 44. Als Grundlage für Herriots Vorstoß diente ein Gesetz, das im Jahr 1919 die Einführung der französischen Gesetzesnormen nach einer unbestimmten Übergangszeit angekündigt hatte. DREYFUS, Histoire (wie Anm. 10), S.291.

45 Herriot argumentierte mit einem Brief des Kardinalstaatssekretärs Giacomo Antonelli an Bischof Andreas Räß vom 3.1.1872, aus dem hervorzugehen schien, dass das Konkordat nach der deutschen Annexion gekündigt worden sei. Der Vatikan bestritt diese Argumentation. Das

In dieser Situation rückte besonders der Schulunterricht in den Mittelpunkt des politischen Interesses. Anders als in anderen Teilen Frankreichs⁴⁶ hatten in Elsass-Lothringen noch die Artikel der Loi Falloux von 1850 Gültigkeit, die den konfessionellen Charakter der Primärschulen als Regelfall festschrieben⁴⁷. Aber bereits 1915 hatten Regierungskreise Pläne diskutiert, den französischen Schulstandard auch in den später zurückgewonnenen Regionen einzuführen⁴⁸, was unter katholischen Elsässern bereits nach Ende des Ersten Weltkrieges für erhebliches Misstrauen gesorgt hatte. Gerade im Elsass stießen die Planungen auf heftige Kritik, zumal der Bloc National, dem auch die elsässische Zentrums-Nachfolgepartei UPR angehörte, zumindest im Département Haut-Rhin noch auf eine knappe Mehrheit gekommen war⁴⁹.

Ruch reagierte schnell auf Herriots Rede. Fünf Tage nach der Regierungserklärung veröffentlichte er ein Schreiben an die Dekane der Diözese und an die Führungsebene der Ligue des catholiques d'Alsace, die er 1921 selbst ins Leben gerufen hatte, um die Gründung einer ähnlichen, von deutschsprachigen Priestern getragenen Organisation zu verhindern⁵⁰. In ihm beauftragte der Bischof die Ligue, die »Verteidigung« der kirchlichen Interessen zu organisieren. Zugleich rief er die katholische Bevölkerung auf, sich dem Protest anzuschließen, gab sich allerdings alle Mühe, mögliche Zweifel an seiner Loyalität zum französischen Staat zu ersticken:

»[Nos adversaires] s'apprêtent à dire que nous combattons la République: ne confondons notre cause avec aucune autre; nous sommes des catholiques qui défendons notre religion. Nous sommes accusés de combattre la France. Personne ne s'y trompera. La vérité évidente c'est que blesser les catholiques d'Alsace dans ce qu'ils ont de plus cher et de plus sacré, c'est travailler au profit de l'étranger, c'est faire le jeu de l'ennemi⁵¹.«

Ruch hatte damit nicht nur versucht, Angriffe sozialistischer Parteigänger abzuwehren, sondern der entstehenden Protestbewegung zugleich ihre Grenzen verdeutlicht: Autonomistisch gesinnte oder gar pro-deutsche Katholiken konnten die Forderungen kaum aufgreifen, um in eigener Sache aktiv zu werden. Wie Christian Baechler

Elsass von 1870–1932, Bd. III: Geschichte der kulturellen und religiösen Entwicklung, hg. v. Joseph ROSSÉ, Marcel STÜRMELE, A. BLEICHER, F. DEIBER, Jean KEPPI, Colmar 1932, S. 386f.

46 1880–1886 regelten mehrere Gesetzesdekrete die Grundlagen für die obligatorische, kostenlose und nicht-konfessionelle Grundschulbildung, 1904 verloren religiöse Orden darüber hinaus das Recht, Grundschulunterricht zu erteilen. DANSETTE, Histoire (wie Anm. 20), S. 73–98 u. 496; CHOLVY, HILAIRE, Histoire (wie Anm. 14), S. 121–126.

47 Zur Loi Falloux und ihrer Anwendung in Elsass-Lothringen siehe Alfred WOLFF, La Loi Falloux et son application en Alsace et Lorraine, Paris 1939, hier bes. S. 97–110 u. 119–134.

48 Das Elsass, Bd. III (wie Anm. 45), S. 404.

49 Ulrich PÄSSLER, Das Elsass in der Zwischenkriegszeit (1919–1940), in: ERBE, Elsass (wie Anm. 4), S. 153–166, hier S. 154.

50 BAECHLER, Parti (wie Anm. 7), S. 339; Aufzeichnung Ruchs über Haegy (14.9.1929), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 195, fol. 79r–91r, hier 85r.

51 Lettre de l'Évêque de Strasbourg à Messieurs les Doyens et Curés du diocèse, à Monsieur le Président Général et à Messieurs les Présidents Paroissiaux de la Ligue des Catholiques, in: Bulletin ecclésiastique du diocèse de Strasbourg, Jg. XLIII, Nr. 13 (1.7.1924), S. 290–292, hier S. 291.

zutreffend bemerkt, verfolgte Ruch das Ziel, die Protestbewegung zu kontrollieren und mögliche antifranzösische Untertöne zu unterbinden⁵².

Obwohl der Bischof die Leitung der Protestbewegung formell einem von ihm einberufenen Aktionskomitee überlies, das vom Geschäftsführer der UPR Michel Walter geleitet wurde⁵³, blieb er in den folgenden Monaten ihr eigentlicher Vordenker. Im Juli organisierte das Komitee in mehreren großen Städten Protestveranstaltungen; in Colmar gingen – glaubt man der katholischen Zeitung »La Croix« – am 6. Juli mindestens 7 000 Personen auf die Straße⁵⁴, und eine Woche später fanden in der benachbarten Diözese Metz ähnliche Veranstaltungen statt⁵⁵. Am 20.7.1924 kam es in Straßburg, Colmar und Mulhouse zu weiteren Kundgebungen, auf denen nach einer Darstellung von Zeitzeugen größtenteils die deutsch- bzw. dialektsprachige Bevölkerung ihre Unterstützung für den Bischof bekundete:

»Zum Abschluss versammelte sich die Menschenmenge auf dem Kleberplatz, wo Abg. Michel Walter einen Kranz am Kleberdenkmal niederlegte mit den Worten: ›Machen wir unser das Wort dieses großen Sohnes des Elsass, das auf diese Steine eingemeißelt ist, und sagen wir den Sektierern: „Auf eine solche Unverschämtheit antwortet man nur mit einem Siege!“‹ Zum Abschluss wurde die Marseillaise gesungen, die allerdings sehr viele Teilnehmer nicht kannten, dann in wuchtigem, an die Häuserfronten sich brechendem Gesang das gewaltige: ›Großer Gott, wir loben Dich⁵⁶!‹«

Ruch hatte mit seinem Protestschreiben nicht nur einen großen Teil der Bevölkerung beider Nationalitäten um sich geschart, sondern erreicht, dass sich auch Bischöfe aus zahlreichen anderen französischen Diözesen dem Protest anschlossen. Eine Flut von Beifallsbekundungen traf in Straßburg ein und wurde von der katholischen Presse bereitwillig veröffentlicht⁵⁷. Im August publizierte das Diözesanblatt Straßburgs einen Brief der französischen Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, mit dem sie Ruch ihre Unterstützung bekundeten⁵⁸. Der Straßburger Bischof bedankte sich postwendend:

52 BAECHLER, Relations (wie Anm. 9), S.297–320, hier S.297.

53 BAECHLER, Parti (wie Anm. 7), S.339; zu Walter siehe *ibid.*, S.599f.

54 Imposantes manifestations de protestation à Colmar, in: La Croix, Jg. 45, Nr. 12674 (8.7.1924), S.1.

55 Grandioses manifestations en Lorraine, in: La Croix, Jg. 45, Nr. 12681 (16.7.1924), S.1.

56 Das Elsass von 1870–1932, Bd. I: Politische Geschichte, hg. v.J. ROSSÉ, M. STÜRMELE, A. BLEICHER, F. DEIBER, J. KEPPI, Colmar 1936, S.671f. Vgl. dazu die Darstellung des Elsässer Kuriers, die trotz eines etwas enthusiastischeren Tonfalls den Ablauf der Ereignisse bestätigt: Der Generalappell der Katholiken in Straßburg. Der Rütli-Schwur auf dem Kleberplatz, in: Elsässer Kurier, Jg. 27, Nr. 186 (21.7.1924), S.1.

57 Lettre de S. Em. le cardinal archevêque de Bordeaux à S.G. Mgr. Ruch, évêque de Strasbourg, in: La Croix, Jg. 45, Nr. 12674 (8.7.1924), S.1; Lettre de Mgr l'évêque de Poitiers à Mgr Ruch, in: La Croix, Jg. 45, Nr. 12681 (16.7.1924), S.1.

58 Veröffentlicht in: Bulletin Ecclésiastique du diocèse de Strasbourg, Jg. XLIII, Nr. 15 (1.8.1924), S.339–342.

»Grâce à votre haute et rapide intervention, notre cause devient immédiatement celle de toute la France catholique. Impossible désormais aux plus malveillants adversaires de dénoncer en nous des ennemis de la patrie. Un mouvement auquel adhèrent tous les Evêques, tous les prêtres, tous les catholiques du pays ne peut être antinational⁵⁹.«

Schließlich entschlossen sich die französischen Kardinäle im September dazu, ein gemeinsam verfasstes Schreiben an Herriot zu richten. Obwohl es sich in erster Linie gegen die Auflösung der Vatikanbotschaft richtete, enthielt es auch eine Passage, die die Regierungspläne für Elsass-Lothringen kritisierte und vor den Enttäuschungen warnte, die in der dortigen Bevölkerung entstehen würden, wenn die Regierung auf kulturelle Besonderheiten keine Rücksicht nähme⁶⁰. Herriot antwortete wenig später: Er erkenne den Grundsatz der Glaubensfreiheit an und sei auch bereit, ihn zu verteidigen, fühle sich aber auch der Unabhängigkeit des Staates von der geistlichen Macht verpflichtet. Er forderte die Elsässer und Lothringer dazu auf, ihre Probleme in Absprache mit der Zentralgewalt zu lösen⁶¹.

Der deutlich moderatere Tonfall Herriots trug zunächst wenig dazu bei, die Wogen zu glätten. Der apostolische Nuntius in Paris Bonaventura Cerretti hatte sich bereits Anfang Juli mit dem Regierungschef unterhalten und dem Straßburger Bischof – den Herriot hart attackierte – den Rücken gestärkt⁶². Am 21. Oktober bezeichnete Herriot, der sich von einigen katholischen Presseäußerungen als Freimaurer diffamiert sah, auch das Schreiben der französischen Kardinäle als Provokation⁶³. Dennoch war die vatikanische Diplomatie darauf bedacht, beschwichtigend zu wirken und eine Lösung der Schwierigkeiten herbeizuführen. Bereits zu Beginn der Auseinandersetzungen hatte Nuntius Cerretti eine durchaus hohe Meinung über den Regierungschef, der im Wahlkampf Hoffnungen auf eine außenpolitische Beruhigung des Verhältnisses zum Deutschen Reich genährt hatte⁶⁴:

»Purtroppo sotto il punto di vista sociale il programma del Signor Herriot è assai buono: mantenimento della legge delle otto ore, assicurazioni sociali e di previdenza, protezione dell'infanzia etc. Nell'ordine internazionale, pur avendo dichiarato che la Ruhr non sarà sgombrata se prima la Germania non avrà date le garanzie previste nel piano degli esperti, spirito di conciliazione e di moderazione nei riguardi della Germania. Insomma proprio quel programma che i cattolici avrebbero da lungo tempo dovuto far proprio, se non fossero da

59 Réponse de l'Évêque de Strasbourg aux Cardinaux, Archevêques et évêques de France, in: Bulletin ecclésiastique du diocèse de Strasbourg, Jg. XLIII, Nr. 15 (1.8.1924), S. 342f.

60 Der gemeinschaftliche Brief der französischen Kardinäle an Ministerpräsident Herriot, in: DEFENSOR: Elsass-Lothringen im Kampfe um seine religiösen Einrichtungen 1924–1926, Schwerdorff (Lothringen) 1926, S. 43–45, hier S. 44.

61 Antwort des H. Herriot (27.9.1924), *ibid.*, S. 45–47.

62 Cerretti an Gasparri (4.7.1924), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 565, fasc. 46, fol. 54r–57v, hier fol. 55v.

63 Cerretti an Gasparri (22.10.1924), *ibid.*, fasc. 47, fol. 27r–31v, hier fol. 27v.

64 Charles BLOCH, Die Dritte Französische Republik. Entwicklung und Kampf einer Parlamentarischen Demokratie (1870–1940), Stuttgart 1972, S. 296.

un lato attaccati al più gretto conservatorismo sociale e dall'altro all'avanguardia del più sfrenato nazionalismo; in che hanno, purtroppo, a loro guida – come altre volte ho detto all'E.V. – clero ed episcopato⁶⁵.«

Eine Annäherung zwischen der französischen Regierung und dem Heiligen Stuhl rückte in den Bereich des Möglichen, als der Staatsrat am 24. Januar 1925 öffentlich erklärte, dass in den Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle das Konkordat von 1801 gültig sei⁶⁶. Dennoch blieben die diplomatischen Beziehungen angespannt. Abgesehen von den Regierungsplänen, die Gesandtschaft am Vatikan zu schließen, war die Debatte über den Status der Kirchen bis zu diesem Zeitpunkt eher theoretischer Natur gewesen. Nun aber rückte das Problem um den konfessionellen Charakter der Grundschulen in den Mittelpunkt. Nachdem die Gemeinden Straßburg und Colmar bereits im September 1924 die Umwandlung der Konfessionsschulen in Simultanschulen gefordert hatten, ermächtigte Herriot sie nun zu diesem Schritt⁶⁷. Daraufhin wurden in Straßburg, Colmar, Illkirch-Graffenstaden, Guebwiller und Schiltigheim katholische Erziehungsinstitutionen in interkonfessionelle Schulen umgewandelt⁶⁸. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Vorschlägen der Regierung war dieser Plan mit der Loi Falloux vereinbar, die die Möglichkeit solcher Bildungseinrichtungen ausdrücklich zuließ. Da die Maßnahmen auch Protestanten und Juden betrafen, ging der Protest gegen die Regierungspläne weit über das katholische Milieu hinaus⁶⁹.

Ungeachtet einiger diplomatischer Versöhnungsbemühungen des Vatikans ging Ruch die Aufgabe, die interkonfessionellen Schulen zu verhindern, mit Hartnäckigkeit an. Bereits zu Weihnachten 1924 hatte er seinen Diözesanklerus dazu aufgefordert, in der Heiligen Messe die Oration *contra persecutores Ecclesiae* zu lesen⁷⁰. Einen flammenden Aufruf zum Protest gegen die interkonfessionelle Schule veröffentlichte er am 11. März 1925. Wie ein kurz zuvor geschriebener Brief an die Elternschaft von Colmar⁷¹ enthielt er eine Anweisung an seine Diözesanen, die den Besuch interkonfessioneller Schulen in den Gemeinden untersagte, in denen diese neu eingeführt werden sollten. Allen Kindern, die dennoch eine solche Schule besuchten, drohte Ruch den Ausschluss von der ersten Kommunion an⁷². Zugleich wurde am 15. März

65 Cerretti an Gasparri (18.6.1924), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 565, fasc. 46, fol. 27r–28v, hier fol. 28rv.

66 Avis du conseil d'état relatif au concordat en Alsace et en Lorraine du 24 janvier 1925, in: Jean SCHLICK (Hg.), *Églises et état en Alsace et en Moselle. Changement ou fixité?*, Strasbourg 1979, S. 335.

67 BAECHLER, *Parti* (wie Anm. 7), S. 344; *Das Elsass*, Bd. I (wie Anm. 54), S. 680.

68 DEFENSOR, *Elsass-Lothringen* (wie Anm. 60), S. 125.

69 EPP, *Histoire* (wie Anm. 5), S. 484f.

70 Brief von Ruch an seinen Klerus (24.12.1924), in: DEFENSOR, *Elsass-Lothringen* (wie Anm. 60), S. 103–105, hier S. 104.

71 Lettre de Monseigneur l'évêque de Strasbourg aux Messieurs les curés et aux parents catholiques de la ville de Colmar, in: *Bulletin ecclésiastique des Strasbourg*, Jg. XLIV, Nr. 6 (15.3.1925), S. 122–125.

72 Ordonnance de Sa Grandeur Monseigneur l'évêque de Strasbourg, in: *Bulletin ecclésiastique de Strasbourg*, Jg. XLIV, Nr. 6 (15.3.1925), S. 125 f. Ruch an den Hl. Vater (11.9.1925), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 593, fasc. 121, fol. 26r–28r, hier fol. 26r.

ein Schulstreik anberaunt, um gegen die interkonfessionellen Schulen zu protestieren. In Colmar, wo mehrere solcher Schulen geplant waren, sollte der Streik drei Tage dauern. Der Erfolg war – glaubt man der Protestbewegung – beträchtlich: In 324 Gemeinden sollen ausnahmslos alle Eltern ihre Kinder zu Hause behalten haben⁷³. Ruch ließ es sich nicht nehmen, ihnen in einem Schreiben zu danken: Die Eltern hätten ihre Pflicht getan und sich als Erzieher der ihnen anvertrauten Seelen gegen die Agitation der Freimaurerlogen gewehrt⁷⁴.

Unterdessen hatten sich im Rahmen einer Unterschriftensammlung, die in katholischen Kreisen als ›Plebiscit‹ bejubelt wurde, etliche Elsässer gegen eine Änderung des geltenden Schulsystems ausgesprochen. Die katholische Zeitung »La Croix« vermeldete stolz, dass in beiden elsässischen Departements mehr als 80 000 Wähler die Petitionen unterschrieben hätten und die Unterschriften der (nicht wahlberechtigten) Frauen noch zahlreicher gewesen seien⁷⁵. Da die Petition öffentlich zur Unterzeichnung auslag, dürften sie einige Bürger auch aus Gründen des gesellschaftlichen Ansehens unterschrieben haben⁷⁶; trotzdem konnte Ruch die Initiative als gelungen betrachten. Die französischen Kardinäle und Erzbischöfe hatten unterdessen in einer scharf gehaltenen gemeinsamen Erklärung gegen die Politik Herriots Stellung bezogen und angedeutet, die katholische Bevölkerung Frankreichs gegen die Laiengesetzgebung mobilisieren zu wollen. Der Nuntius in Paris, Bonaventura Cerretti, und der Pariser Erzbischof Louis-Ernest Kardinal Dubois sahen sich genötigt, sich von der Erklärung zu distanzieren, um das schwierige diplomatische Verhältnis des Vatikans zu Frankreich nicht zusätzlich zu belasten⁷⁷. Der Stern der Regierung Herriot war unterdessen bereits im Sinken begriffen. Im Zeichen der finanziellen Krise und mangelnder innenpolitischer Unterstützung trat der Regierungschef schließlich am 10. April 1925 zurück. Damit waren indes keinesfalls alle Unstimmigkeiten zwischen Staat und Kirche beseitigt, da der Konflikt um die Schulfrage auch unter der Nachfolgeregierung Painlevé weiter schwelte. In seiner Regierungserklärung am 21. April hatte Paul Painlevé angekündigt, die Assimilation von Elsass-Lothringen in moderaterer Weise und unter Achtung der »erworbenen Rechte« fortführen zu wollen⁷⁸.

Im Vatikan befürchtete man nun, die Chance für einen Ausgleich mit der französischen Regierung durch weitere Protestveranstaltungen zu verspielen. Obwohl auch die neue Regierung durchaus das Ziel verfolgte, Elsass-Lothringen weiter an Frankreich anzugleichen⁷⁹, ergab sich immerhin die Gelegenheit, der neuen Regierung die politische Kehrtwende zu erleichtern. Der neue Unterrichtsminister Anatole de Monzie etwa hatte sich trotz seiner laizistisch-republikanischen Sympathien bereits kurz nach Kriegsende für die Einrichtung diplomatischer Beziehungen mit dem

73 DEFENSOR, Elsass-Lothringen (wie Anm. 60), S. 125, Anm. 1.

74 Der Dank des Bischofs Ruch, *ibid.*, S. 124f.

75 Le plébiscite en Alsace au sujet du régime religieux et scolaire, in: *La Croix*, Jg. 46, Nr. 12906 (7.4.1925), S. 1.

76 DREYFUS, *Vie politique* (wie Anm. 10), S. 87.

77 MARCHESE, *Francia* (wie Anm. 38), S. 410; DANSETTE, *Histoire* (wie Anm. 20), S. 536.

78 DEFENSOR, Elsass-Lothringen (wie Anm. 60), S. 127.

79 *Ibid.*, S. 136.

Vatikan stark gemacht⁸⁰. Auch Painlevé garantierte nun in seiner Regierungserklärung den Fortbestand der Vatikanbotschaft⁸¹.

Zu den wichtigsten Problemen des Linkskartells gehörte die Sanierung der staatlichen Finanzen. Die Regierung Herriot hatte versucht, der wirtschaftlichen Krise mit der Auflage von Staatsanleihen beizukommen, was im Parlament unter anderem am Widerstand der Abgeordneten Elsass-Lothringens gescheitert war⁸². Erfolglos hatte sich der Regierungschef dabei an den Pariser Erzbischof Kardinal Dubois gewandt und in Aussicht gestellt, Teile seiner Religionspolitik zu revidieren, wenn der Erzbischof die Gläubigen zur Zeichnung der Staatsanleihe auffordere. Wegen der vage gehaltenen Zusagen Herriots war eine Übereinkunft – durchaus zum Bedauern des Vatikanischen Staatssekretariats – nicht zustande gekommen⁸³. Unter Painlevé konnte das Gesetz zur Staatsanleihe hingegen im Juli das Parlament mit Zustimmung von Teilen der parlamentarischen Rechten passieren. Die französischen Bischöfe hatten derweil auf Initiative von Dubois eine Erklärung ausgearbeitet, die darauf bedacht war, die Wogen zu glätten und die Gläubigen dazu aufzufordern, die Staatsanleihe zu zeichnen⁸⁴. Ruch, der als einziger Bischof nicht unter den Unterzeichnern zu finden war, erhielt am 17. August eine in wohlklingende Worte gehüllte Aufforderung Gasparri, sich seinen Amtskollegen anzuschließen⁸⁵. Der Bischof antwortete, er könne die Regierungspolitik nicht unterstützen, da noch immer die Einführung der Laienschule im Elsass zu befürchten sei. Eine jetzige Zustimmung sei auch taktisch unklug, da man sich damit die Option auf ein späteres Handeln nehme⁸⁶.

Die Versuche Ruchs, den Schulkampf weiterzuführen, waren indes nicht von Erfolg gekrönt. Am 8. September 1925 fanden sich der Rat für Religiöse Angelegenheiten des französischen Außenministeriums, Louis Canet, und der französische Geschäftsträger am Heiligen Stuhl bei Gasparri ein. Da der Kardinalstaatssekretär gleich am Anfang des Gesprächs erklärte, der Heilige Vater empfinde höchste Wertschätzung für den Straßburger Bischof, entgegnete Canet, es gehe seiner Regierung keinesfalls darum, auf eine Entfernung Ruchs vom Bischofsstuhl hinzuwirken. Vielmehr bitte sie, den streitbaren Hirten an die Spitze eines Erzbistums zu stellen. Was wie eine Bitte um Beförderung aussehen sollte, war in Wirklichkeit ein taktischer Winkelzug der französischen Regierung, um das Elsass des unliebsamen Kirchenoberen zu entledigen. Canet, der dem Staatssekretariat seit 1918 mehrfach wegen

80 MARCHESE, Francia (wie Anm. 38), S. 170 u. 216.

81 Édouard BONNEFOUS, *Histoire politique de la Troisième République*, Bd. 4: Cartel des gauches et union nationale (1924–1929), Paris 1960, S. 77; CHOLVY, HILAIRE, *Histoire* (wie Anm. 14), S. 286.

82 Das Elsass, Bd. I (wie Anm. 56), S. 678. Zuvor hatte man im Vatikan offenbar Überlegungen angestellt, Herriot eine Zustimmung der katholischen Abgeordneten zur Staatsanleihe in Aussicht zu stellen, wenn dieser die antiklerikalen Gesetzespläne aufgibt. Gasparri an Cerretti, (5.12.1924 – Entwurf), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 565, fasc. 48, fol. 43r.

83 Jean Louis MARCELEAU, Wozu Herriot die Katholiken braucht!, in: *Elsässer Kurier*, Jg. 28, Nr. 57 (9.3.1925), S. 1. Gasparri an Cerretti (4.12.1924), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 565, fasc. 48, fol. 42r. Cerretti an Gasparri (6.12.1924), *ibid.*, fasc. 48, fol. 49r–50r.

84 Zur Staatsanleihe Christian DELPORTE, *La III^e République 1919–1940. De Poincaré à Paul Reynaud*, Paris 1998 (*Histoire politique de la France*), S. 129. Louis Kard. DUBOIS, *L'appel de la France*, in: *La Croix*, Jg. 46, Nr. 12997 (25.7.1925), S. 1.

85 Gasparri an Ruch (17.8.1925 – Entwurf), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 593, fasc. 121, fol. 8r.

86 Ruch an den Hl. Vater (28.8.1925), *ibid.*, fasc. 121, fol. 9r–19v.

seiner Vatikan-Kritik unangenehm aufgefallen war⁸⁷, beklagte sich nämlich durchaus über Ruchs Haltung und nannte ihn für einen Konkordatsbischof »merkwürdig« und »schwer erträglich«. Dennoch lehnte Gasparri das Ansinnen seiner Gesprächspartner ab – einerseits, um sich nicht gänzlich dem Willen der Regierung zu unterwerfen, andererseits aber wohl auch, weil die Erinnerungen an die Unannehmlichkeiten der Straßburger Bischofswahl von 1919 noch nachwirkten. Canet konnte immerhin erreichen, dass Gasparri Verständnis für die Einführung interkonfessioneller Schulen an den Tag legte und sogar darauf hinwies, dass Ruch nach den Wünschen des Vatikans seine Opposition aufgeben solle⁸⁸. Damit hatte die französische Regierung, die Pressemeldungen über die inoffiziellen Kontakte zum Vatikan wenig später dementieren ließ⁸⁹, die Position des Straßburger Bischofs erfolgreich unterminiert.

In der Folgezeit musste sich Ruch zunehmend gegen Vorwürfe aus dem päpstlichen Staatssekretariat verteidigen. Besonders seine Anordnung vom März, nach der allen katholischen Besuchern interkonfessioneller Schulen die erste Kommunion verweigert werden sollte, erzürnte Gasparri. Der Kardinalstaatssekretär war davon überzeugt, dass die gemischtkonfessionelle Schulform – bei alleiniger Trennung des Religionsunterrichts – keine Gefahr für den katholischen Glauben bedeute und der Ausschluss von der Kommunion ungerecht, maßlos und gefährlich sei⁹⁰. Ruch sah sich zu langen Rechtfertigungsbriefen gezwungen: Die Befürworter interkonfessioneller Schulen hegten in Wirklichkeit die Absicht, die »antichristliche« Schule zu etablieren. Die zahlreichen Protestkundgebungen der Bevölkerung hätten gezeigt, dass dies nicht dem Willen der Elsässer entspreche, und nach der Loi Falloux seien die interkonfessionellen Schulen ohnehin nur im Rahmen einer Ausnahmeregelung erlaubt. Der Bischof bestätigte, dass er Schulkindern mit dem Ausschluss von der ersten Kommunion gedroht hatte, beteuerte aber auch, dass diese Drohung noch keine Anwendung gefunden habe⁹¹. Am 4. Oktober wies Ruch nochmals auf den Widerstand innerhalb der Bevölkerung hin, auf den die interkonfessionelle Schule besonders in Guebwiller stoße, ruderte aber dennoch ein wenig zurück: »Je n'ai pas conscience d'avoir jamais dit un mot, fait une geste d'opposition systématique au gouvernement, pas plus à celui de Monsieur Herriot qu'à celui de Monsieur Painlevé«⁹².

Auf einer katholischen Versammlung in Molsheim deutete Ruch am 11. Oktober trotz einiger kämpferischer Rhetorik einen möglichen Kompromiss an: Die katholischen Konfessionsschulen sollten neben neu eingerichteten interkonfessionellen Schulen bestehen bleiben, und in ihnen ein separater katholischer Religionsunterricht eingerichtet werden⁹³. Trotz dieses konzilient anmutenden Ansinnens geriet

87 MARCHESI, Francia (wie Anm. 38), S. 185, 247.

88 Gasparri an Hl. Vater (9.9.1925), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 593, fasc. 121, fol. 15r–16v.

89 Havas-Depesche vom 23.9.1925, in: DEFENSOR, Elsass-Lothringen (wie Anm. 60), S. 142.

90 Gasparri an Hl. Vater (9.9.1925), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 593, fasc. 121, fol. 15r–16v, hier fol. 16v.

91 Ruch an Hl. Vater (14.9.1925), *ibid.*, fasc. 121, fol. 34r–37v.

92 Ruch an Hl. Vater (4.10.1925), *ibid.*, fasc. 122, fol. 15rv, hier fol. 15r.

93 Rede des H.H. Bischofs Mgr Ruch (11.10.1925), in: DEFENSOR, Elsass-Lothringen (wie Anm. 60), S. 144–147, hier S. 145f.

eine Redepassage ins Visier des vatikanischen Staatssekretariats, in der Ruch auf Zeitungsmeldungen über eine Kehrtwende der Päpstlichen Politik hingewiesen hatte. Der Bischof, der die Meldung nicht weiter kommentierte, hatte damit die Möglichkeit angedeutet, dass sich der Heilige Stuhl von der Protestbewegung abwenden könne⁹⁴. Die Aussage war nicht dazu geeignet, Ruchs Verhältnis zum Vatikan zu verbessern.

Dem Straßburger Bischof sollte es nicht gelingen, die bereits beschlossene Einführung der Simultanschulen in Straßburg, Schiltigheim, Illkirch-Graffenstaden, Colmar, Guebwiller und Huningue zu verhindern. Allerdings verzichteten Regierung und Gemeinderäte darauf, weitere gemischtkonfessionelle Schulen einzurichten⁹⁵. Obwohl Ruch ein Jahr später eine Anweisung an seine Diözesanen erließ, die die Elternschaft zur Meldung möglicher Missstände an interkonfessionellen Schulen aufforderte⁹⁶, hatte er die Auseinandersetzung verloren. Die Auseinandersetzung um die Grundschulbildung hatte dennoch das Ansehen des Bischofs in seiner Diözese gestärkt; selbst Personen, die sich in späteren Jahren gegen Ruchs pro-französischen Kurs wenden sollten, lobten die Geschlossenheit der Katholiken der Straßburger Diözese⁹⁷.

Der Bischof und die Autonomiebewegung (1927–1930)

Mit dem Konflikt um Konfessionsschule und Vatikanbotschaft war das Thema einer stärkeren Autonomie von Elsass-Lothringen auf die politische Agenda gelangt, das in der Folgezeit die Gesellschaft der östlichen Departements immer stärker spalten sollte. Die Befürworter einer Autonomie kamen keinesfalls ausschließlich aus der katholischen Bevölkerung – Protestanten aus dem ländlichen Bas-Rhin gehörten ebenso zu ihnen wie Mitglieder der kommunistischen Partei und einige deutsche Nationalisten. Die Gegnerschaft zu zentralistischen Tendenzen war vor allem unter Angestellten und Beamten verbreitet, beschränkte sich aber keinesfalls allein auf diese Bevölkerungsgruppen. Insgesamt war die Anhängerschaft einer regionalen Autonomie äußerst heterogen zusammengesetzt und wurde weit stärker durch die Ablehnung der Pariser Zentralverwaltung geeint als durch gemeinsame Ziele⁹⁸.

Innerhalb der UPR hatten sich bereits kurz nach Kriegsende Differenzen in dieser Frage angedeutet. Ihr Generalsekretär Jean Keppi sprach sich 1919 gegen eine zu starke Anlehnung an den französischen Staat aus und kritisierte dabei unverhohlen einige seiner Parteifreunde⁹⁹. Als die Colmarer Sektion der UPR am 19. August 1926 ihre Teilnahme an einer Demonstration ankündigte, die sich gegen ein von Justiz-

94 Extrait de la déclaration, lue par Mgr. Ruch, à Molsheim, devant les membres du Congrès des catholiques d'Alsace, dimanche 11 octobre, ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 593, fasc. 122, fol. 33r.

95 Das Elsass, Bd. I (wie Anm. 56), S. 684.

96 L'École interconfessionnelle. Ordonnance de l'Evêque de Strasbourg (7.4.1926), in: Bulletin ecclésiastique du diocèse de Strasbourg, Jg. XLV, Nr. 8 (15.4.1926), S. 179–180.

97 Das Elsass, Bd. I (wie Anm. 56), S. 649. Das Buch wurde von führenden Repräsentanten der katholischen Heimatrechtler herausgegeben.

98 HARVEY, Class (wie Anm. 10), S. 152–162.

99 Gilbert STRUSS, Die APNA. Wie sie kam. Was sie will, Colmar 1931, S. 10–12.

minister Louis Barthou geplantes Ausnahmegesetz für Elsass-Lothringen richtete, wurden Zerwürfnisse innerhalb der Partei deutlich sichtbar. Barthou hatte mit dem Gesetz die staatliche Kontrolle über separatistische Umtriebe verbessern wollen. Besonders die Tatsache, dass die Colmarer Sektion gemeinsam mit den Kommunisten an einer Protestveranstaltung teilnahm, erregte viel Aufsehen¹⁰⁰. Die Konstituierung der Sammlungsbewegung Elsass-Lothringischer Heimatbund am 8. Juni 1926, deren Gründungsmanifest mehrere katholische Politiker unterzeichnet hatten, und der autonomistischen Zeitung »Zukunft« vertiefte die Spaltung¹⁰¹. Wortführer wie der Abbé Joseph Fashauer, Joseph Rossé und Jean Keppi¹⁰², der im Januar 1927 aus der Partei ausgeschlossen wurde, hatten das Heimatbund-Manifest unterschrieben¹⁰³. Zu einem der prominentesten Vertreter der katholischen Regionalisten – und damit zum Gegenspieler Ruchs, dessen Sympathien der »nationalen« Parteirichtung gehörten – avancierte Abbé Xavier Joseph Haegy, der 1896 zum Priester geweiht worden war und seit 1900 den auflagenstarken »Elsässer Kurier« leitete. Haegy hatte sich anfangs zwar von der Autonomiebewegung¹⁰⁴ distanziert, unterstützte jedoch zunehmend die regionalistischen Tendenzen in seiner Partei¹⁰⁵. Im April 1927 wehrte er sich mit einem Prozess gegen Anschuldigungen des Pariser Journalisten Edouard Helsey, der in einer Serie von Zeitungsartikeln die Autonomiebewegung als Verschwörung katholischer, deutscher und kommunistischer Kräfte dargestellt und Haegy vorgeworfen hatte, antinationale Bestrebungen des elsässischen Klerus gefördert zu haben¹⁰⁶. Wegen der einflussreichen Stellung des »Elsässer Kuriers«, zu dessen Redaktion auch Fashauer und Rossé gehörten¹⁰⁷, war der Abbé nur schwer zu disziplinieren. Versuche, Haegy der bischöflichen Aufsicht zu unterstellen, hatte Ruch schon kurz nach seiner Ankunft in der neuen Diözese unternommen. An den Redakteur des »Elsässer Kurier« hatte Ruch im Februar 1920 die Bitte gerichtet, die katholischen Pressevertreter sollten sich mit der Leitung der Diözese in Verbindung setzen. Er hatte zugleich die Gelegenheit genutzt, dem Redakteur zahlreiche Verfehlungen vorzuwerfen¹⁰⁸. Immerhin konnte sich der Straßburger Bischof im Umgang

100 BAECHLER, Parti (wie Anm. 7), S. 372.

101 DREYFUS, Vie politique (wie Anm. 10), S. 90 u. 101.

102 Zu den Biographien siehe BAECHLER, Parti (wie Anm. 7), S. 596–599, 601–604, 723. Zu Rossé außerdem Philip Charles FARWELL BANKWITZ, Les chefs autonomistes alsaciens 1919/1947, übers. aus dem Englischen v. Chantal ANSTETT, Strasbourg 1980 (Saisons d’Alsace, 71), S. 45–51.

103 BAECHLER, ebenda, S. 371–382. Katholische Mitglieder des Heimatbundes wandten sich 1927 mit einer Bittschrift an den Vatikan, um das Anliegen des Heimatbundes zu erklären. Der Heilige Stuhl entsandte daraufhin einen Gesandten in das Elsass, der die päpstliche Rückendeckung für den Bischof und die Ablehnung der Autonomiebewegung deutlich zum Ausdruck brachte. FARWELL BANKWITZ, Chefs (wie Anm. 102), S. 29.

104 Zur Autonomiebewegung siehe Pierre MAUGUÉ, Le particularisme alsacien 1918–1967, Paris 1970; FARWELL BANKWITZ, Chefs (wie Anm. 102).

105 EPP, Figures (wie Anm. 3), S. 304–307. Zu Haegy siehe Christian BAECHLER, L’abbé Xavier Haegy (1870–1932). Une politique au service de l’Église et du peuple alsacien, in: Archives de l’Église d’Alsace XLIV (1984), S. 287–339.

106 Der Prozeß gegen den Journalisten Édouard Helsey erregte hohes Aufsehen. Haegy wurde später beschuldigt, im Laufe des Prozesses die Worte »Je n’aime pas la France« ausgesprochen zu haben. BAECHLER, Parti (wie Anm. 7), S. 389.

107 STRUSS, APNA (wie Anm. 99), S. 32.

108 Ruch an Haegy (21.2.1920), Abschrift, ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 193, 30r–34r.

mit Haegy auf eine Entscheidung der Konzilskongregation berufen, die auf eine Anfrage von Ruchs Metzger Amtskollegen Jean-Baptiste Pelt Anfang 1927 zustande gekommen war; danach kam den Bischöfen das Recht zur Maßregelung politischer Priester zu, sofern deren Handlungen den Anweisungen des Heiligen Stuhls nicht entsprachen¹⁰⁹.

Die starken Sympathien, die die regionalistische Politik innerhalb der UPR und in weiten Teilen des Diözesanklerus‘ genoss, stellten Ruch und das vatikanische Staatssekretariat vor ein grundsätzliches Problem: Einerseits galt es, die französische Regierung nicht zu verprellen, die im November 1927 das Erscheinen mehrerer autonomistischer Zeitungen untersagte und auch in der Folgezeit mit einiger Härte gegen autonomistische Wortführer vorgehen sollte¹¹⁰. Andererseits waren die autonomistischen Tendenzen kaum zu ignorieren: Schließlich hatte sich Ruch mit vatikanischer Unterstützung während des Schulkonfliktes selbst vehement für die regionalen Sonderrechte der elsässischen Katholiken eingesetzt. Da es dem Straßburger Bischof allerdings ausschließlich um die Frage der Konfessionsschulen gegangen und seine grundsätzliche Loyalität gegenüber dem französischen Staat kaum zu bezweifeln war, war nicht zu erwarten, dass er die regionalistische Politik unterstützte.

Als sich 1928 die Spaltung der UPR in einen ›regionalistischen‹ und einen ›nationalen‹ Parteiflügel andeutete, rückten damit neue, ungewöhnliche politische Allianzen in den Bereich des Möglichen: Ebenso wie die ›Regionalisten‹ der UPR betrachteten nämlich auch die elsässischen Kommunisten jegliche zentralistische Maßnahme der Pariser Regierung mit Argwohn und unterstützten autonomistische Tendenzen in Elsass-Lothringen¹¹¹. Die Wahl zur Deputiertenkammer im April 1928 beobachtete der Bischof deshalb mit großer Aufmerksamkeit und meldete seinen Kirchenoberen, dass eine offizielle Allianz beider Kräfte zwar ausgeschlossen werden könne. Allerdings, so Ruch, hätten Priester in einigen Wahlkreisen möglicherweise Kommunisten gewählt; auch die Möglichkeit, dass Priester vereinzelt zur Wahl kommunistischer Kandidaten aufgerufen hätten, wollte er nicht ausschließen. Ruch galt zu dieser Zeit noch als exakteste Quelle für die Verhältnisse in Elsass-Lothringen, wie der Pariser Nuntius Luigi Maglione in einem Bericht bemerkte¹¹². In der Tat ließen die Ergebnisse einiger Wahlkreise vermuten, dass katholische Wähler gemeinsam mit den Kommunisten gestimmt hatten¹¹³. Gegen einen offiziellen Kandidaten der UPR hatte sich in Altkirch ein autonomistisches Mitglied derselben Partei durch-

109 Dubia der Konzilskongregation (25.3.1927), in: AAS, Bd. 19 (1927), S. 138; Pelt an Gasparri (27.2.1927), ASV, A. E. S. Francia, Pos. 641, fasc. 192, fol. 39r–40r.

110 HARVEY, Class (wie Anm. 10), S. 158–159. Da die Vatikanische Diplomatie auf die französische Regierung Rücksicht nahm, blieb auch ein gemeinsames Bittschreiben katholischer Heimatbund-Funktionäre an Papst Pius XI. 1927 ohne direkte Antwort. FARWELL BANKWITZ, Chefs (wie Anm. 102), S. 29.

111 DREYFUS, Histoire (wie Anm. 10), S. 299.

112 Maglione an Gasparri (17.5.1928), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 192, fol. 59r–66r, hier 60v. Ruchs über die elsässischen Wahlen am 22. und 29. April 1928, *ibid.*, fasc. 193, fol. 14r–27r, hier fol. 26r–27r.

113 DREYFUS, Vie politique (wie Anm. 10), S. 124–126. Ruch, Aperçu sur les élections alsaciennes (22 et 29 Avril 1928), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 193, fol. 14r–27r, hier fol. 20r–21r u. 24r–27r.

gesetzt, und Rossé wurde als Vertreter für Colmar gewählt, obwohl seine Partei den Kandidaten der demokratischen Partei unterstützt hatte¹¹⁴. Insgesamt waren die Wahlen zur Zufriedenheit der Autonomisten verlaufen; der »Elsässer Kurier« wertete daraufhin den Wahlerfolg der Autonomiebewegung als Zeichen, dass die Strategie der staatlichen Sanktionen gegen den Heimatbund gescheitert sei¹¹⁵.

Im Folgemonat fand in Colmar ein Prozess statt, in dem autonomistische Politiker angeklagt wurden, die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Staatsautorität angeleitet zu haben. Unter den Angeklagten befanden sich auch zwei Mitglieder der UPR, die zugleich dem Heimatbund angehörten. Obwohl einige der Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt wurden, konnten durchaus zutreffende Vorwürfe¹¹⁶, das deutsche Auswärtige Amt habe zur Finanzierung der Autonomiebewegung beigetragen, im Verlauf des Prozesses nicht bestätigt werden. Die Presse der UPR betrachtete das Gerichtsverfahren als Skandal, was die internen Auseinandersetzungen in der Partei zusätzlich anfachte¹¹⁷. Dies brachte Ruch dazu, sich in einem Gespräch mit dem Pariser Nuntius Maglione zu seinem Opponenten Haegy zu äußern, dessen Presse das Gerichtsverfahren kritisiert hatte: Haegy befürchte eine vollständige Assimilierung des Elsass durch den französischen Staat und schrecke deshalb nicht vor separatistischen Parolen zurück, um dies zu verhindern. Bisherige Versuche, mit Haegy zu sprechen, seien allesamt ergebnislos verlaufen. Von seiner Bischöflichen Befugnis, dem Journalisten den Rückzug anzubefehlen, könne er indes kaum Gebrauch machen, da von 1200 Priestern der Diözese mindestens 1100 Priester die Meinung Haegys teilten¹¹⁸. In der Tat war der Rückhalt, auf den der Chefredakteur rechnen konnte, beträchtlich. Dennoch hatte bei Maglione auch eine Aussage des französischen Ministerpräsidenten Raymond Poincaré einigen Eindruck hinterlassen: Poincaré hatte auf die angeblichen Gefahren eines Zusammenwirkens katholischer und kommunistischer Kräfte im Elsass hingewiesen und den Heiligen Stuhl gebeten, die Autorität des Straßburger Bischofs durch ein Machtwort gegen Haegy wieder herzustellen¹¹⁹. Maglione empfahl, erst einmal das Ende des Prozesses von Colmar abzuwarten, bevor er Haegy zu einem klärenden Gespräch nach Paris einlade. Gasparri stimmte diesem Vorgehen zu¹²⁰. Im Juni 1928 trat Haegy seine Reise nach Paris an und sprach sowohl mit Raymond Poincaré als auch mit Maglione, der dem Redakteur die vereinbarten Anweisungen gab¹²¹.

Etwa einen Monat später führte Ruch mit Maglione ein Gespräch, in dem der Bischof keine genaue Auskunft über mögliche Allianzen katholischer Parteigänger mit Kommunisten zu geben vermochte. Er kündigte aber an, katholische Funktionäre zu befragen, um die Vorgänge zu untersuchen. Ruch machte sehr deutlich, dass

114 MAUGUÉ, *Particularisme* (wie Anm. 104), S. 72f.

115 BAECHLER, *Parti* (wie Anm. 7), S. 403.

116 PÄSSLER, *Elsass* (wie Anm. 49), S. 159.

117 BAECHLER, *Parti* (wie Anm. 7), S. 404–407.

118 Maglione an Gasparri (17.5.1928), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 192, fol. 59r–66r, hier fol. 61r.

119 *Ibid.*, fol. 63r–66r.

120 Gasparri an Maglione (31.5.1928 – Entwurf), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 192, fol. 85r.

121 Maglione an Gasparri (18.6.1928), *ibid.*, fasc. 193, fol. 45r–46r.

er ein Zusammenwirken von Katholiken und Kommunisten für unververtretbar hielt, und schlug vor, in dieser Angelegenheit eine eindeutige Verlautbarung sowie Verwarnungen gegen Haegy und einen seiner Weggefährten auszusprechen. Allerdings erbat der Bischof ausdrücklich die Einwilligung des Heiligen Stuhls zu einem solchen Vorgehen¹²².

Als im Oktober 1928 die Kantonalwahlen anstanden, die erneut einen Erfolg der autonomistischen Kräfte mit sich bringen sollten¹²³, schaltete sich Ruch in den Wahlkampf ein. Am 2. September ließ er in allen elsässischen Kirchengemeinden einen Hirtenbrief verlesen, in dem er nicht nur zur Nächstenliebe, sondern auch zur Vaterlandsliebe aufrief¹²⁴. Der Aufruf konnte als klarer Hinweis verstanden werden, dass die Sympathie des Bischofs nicht dem regionalistischen Parteiflügel galt, wenngleich er die Überparteilichkeit der katholischen Kirche besonders hervorhob. In den Gemeinden war der Hirtenbrief höchst unpopulär. Nach einem Bericht des Berliner Auswärtigen Amtes soll ein Pfarrer nach Verlesung des Pastoralbriefes hinzugefügt haben: »So denkt der Bischof, wie ich denke, ist eine andere Sache«¹²⁵. Der Vatikan schien die unzweideutige Haltung des Bischofs zu diesem Zeitpunkt dagegen zu billigen: Als Reaktion auf Ruchs Hirtenbrief ließ Gasparri von Papst Pius. XI. ausrichten: »Bene scripsisti«¹²⁶. Der »Osservatore Romano« fand wenige Tage später sogar auf der ersten Seite lobende Worte für Ruchs Hirtenbrief¹²⁷. War Ruchs Stellung in seiner Diözese auch umstritten, so konnte er sich allem Anschein nach auf die Unterstützung des Heiligen Stuhls verlassen.

Als sich die UPR am 3. November 1928 spaltete, veränderte sich die Situation jedoch grundlegend. Nach internen Personalquerelen entschied sich eine Gruppe unter dem vormaligen Parteivorsitzenden Joseph Pfleger, aus der Partei auszutreten. Am 25. Dezember 1928 bildete sich mit der Action populaire nationale d'Alsace (APNA) eine zweite katholische Partei, deren Programm sich unwesentlich von dem der UPR unterschied, die aber eine dezidiert pro-französische Position einnahm. Infolge dessen setzte sich die APNA für den Abschluss eines neuen, für ganz Frankreich geltenden Konkordates ein, während die UPR am Fortbestehen des regionalen Konkordates festhielt¹²⁸. Da sich die APNA bemühte, die Unterstützung des Straßburger Bischofs zu gewinnen, musste Ruch nun damit rechnen, dass die UPR deutlicher als zuvor auf Distanz zu ihm ging.

Ruch gab schon wenig später in einem offenen Brief an den parteinahen »Elsässer Boten« zu erkennen, dass seine Sympathien der APNA galten,¹²⁹ und ließ auch sonst

122 Maglione an Gasparri (3.9.1928), *ibid.*, fasc. 195, fol. 21r–22v.

123 DREYFUS, *Vie politique* (wie Anm. 10), S. 138.

124 BAECHLER, *Parti* (wie Anm. 7), S. 410. Eine deutsche Fassung ist abgedruckt in: Hirtenbrief des hochw. Herrn Bischof von Straßburg. Die brüderliche Liebe, in: *Elsässer Kurier*, Jg. 31, Nr. 207–211 (5.9.1928–10.9.1928), jeweils S. 4.

125 Bergen an AA (9.11.1928), PA/AA, Rom–Vat. 738: *Elsass-Lothringen 1928–1929*.

126 Gasparri an Ruch (o.D. ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 193, fol. 62r. *Deux lettres de Sa Sainteté Pie XI., – Entwurf*) à l'Evêque de Strasbourg, in: *Bulletin ecclésiastique du diocèse de Strasbourg*, Jg. 47, Nr. 22 (15.11.1928), S. 498–500.

127 *Una pastorale del Vescovo di Strasburgo sui doveri dei cattolici alsaziani*, in: *Osservatore Romano*, Jg. 68, Nr. 212 (12.9.1928), S. 1.

128 BAECHLER, *Parti* (wie Anm. 7), S. 413–421; zu Pfleger: *Ibid.*, S. 594–596.

129 *Ibid.*, S. 440.

kaum eine Gelegenheit aus, seine Loyalität zum französischen Staat zu untermauern. Im September 1928 erregte er mit einem Gebet einiges Aufsehen, das er während eines Gedenkgottesdienstes zum zehnten Jahrestag der Elsässischen ›Rückeroberung‹ sprach und in dem er besonders die Opferbereitschaft der französischen Soldaten im Ersten Weltkrieg hervorhob¹³⁰. Aus solchen Gründen geriet die Frage, wie sich die katholische Kirche im Konflikt mit der Autonomiebewegung verhielt, immer stärker in das Visier der deutschen und französischen Außenpolitik. Der Leiter des Referats für Völkerbündangelegenheiten im Auswärtigen Amt, Bernard von Bülow, äußerte Anfang Januar 1929 die Befürchtung, dass jede weitere vatikanische Unterstützung für Ruch auch andere deutsche Minderheiten in »ihrem Kampfe um Sprache und Volkstum« schaden könne¹³¹. Der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Diego von Bergen, machte daraufhin seinen Einfluss geltend. Da, wie Bergen erklärte, Papst und Kardinalstaatssekretär »aus Gründen des hier stets besonders schroff gehandhabten Prinzips der Autoritätsstützung«¹³² Ruchs Position bereits gut geheißt hatten, war dies ein schwieriges Unterfangen; der Botschafter wandte sich nicht nur an Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri, sondern auch an den Substitut im päpstlichen Staatssekretariat, Giuseppe Pizzardo, der als besonders deutschenfreundlich galt. Gasparri gegenüber äußerte der Botschafter, dass die Heimatbewegung nicht systematisch mit den Kommunisten zusammenarbeite und lediglich eine stärkere kulturelle Autonomie, keinesfalls aber die Loslösung von Frankreich anstrebe.¹³³ Wenig später konnte Bergen an die Berliner Zentrale vermelden, es sei gelungen, »den francophilen Chefredakteur des ›Osservatore Romano‹« durch »Vermittlung des immer hilfreichen Msgr. Pizzardo an die Kette zu legen«¹³⁴. Darüber hinaus seien auch schon deutliche Erfolge der diplomatischen Intervention zu spüren. Zwar hege der Papst »im Innersten seines Herzens eine gewisse Abneigung gegen eine politische Betätigung der Geistlichen«¹³⁵, was auch zu Ungunsten der autonomistischen Sympathisanten im Elsässischen Klerus ausgelegt werden konnte. Aber der von Bergen wiederholt vorgetragene Hinweis auf die Folgen, die eine allgemeine Regelung gegen politische Aktivitäten von Priestern für die deutsche und österreichische Politik gehabt hätte – Bergen wies auf die Prälaten Kaas, Schreiber und Seipel hin¹³⁶ –, schien im Vatikan Eindruck zu hinterlassen. Pizzardo versicherte Bergen, dass er sich gegen ein Politikverbot für den Klerus einsetzen

130 Wortlaut des Gebets von Bischof Ruch im Straßburger Münster (24.11.1928), PA/AA, R 30201a: Elsass-Lothringen A: Die Stellung Elsass-Lothringens im französ. Staat sowie die elsass-lothring. Autonomiefrage, Bd. 2: März 1928–März 1934, fol. 77r.

131 Bülow an Bergen (2.1.1929), PA/AA, R 30201a: Elsass-Lothringen A: Die Stellung Elsass-Lothringens im französ. Staat sowie die elsass-lothring. Autonomiefrage, Bd. 2: März 1928–März 1934, fol. 69r–76r, hier 74r.

132 Bergen an Bülow (20.1.1929), *ibid.*, 82r–86r, hier 83r.

133 *Ibid.*, fol. 84r.

134 *Ibid.* fol. 85r. Zu Pizzardo siehe Gunnar ANGER, Giuseppe Pizzardo, in: BBKL, Bd. 28, Nordhausen 2007, Sp. 1268–1271.

135 Bergen an Bülow (20.1.1929), PA/AA, R 30201a: Elsass-Lothringen A: Die Stellung Elsass-Lothringens im französ. Staat sowie die elsass-lothring. Autonomiefrage, Bd. 2: März 1928–März 1934, fol. 82r–86r, hier 84r–85r.

136 *Ibid.*, fol. 86.

werde, »solange er in dem Staatssekretariate tätig sei«¹³⁷. Offensichtlich war der Vatikan im Jahr des Abschlusses des Preußenkonkordates geneigt, der deutschen Diplomatie entgegenzukommen.¹³⁸

Neben Bergen wurde auch der Auslandskorrespondent mehrerer deutschsprachiger katholischer Zeitungen, Edmund Freiherr Raitz von Frenz¹³⁹, im Vatikan vorstellig. Pizzardo äußerte ihm gegenüber, dass der »Vatikan sich niemals mit dem politischen Problem Elsass-Lothringen befasst habe und befassten wolle«. Auch der Sekretär für Außerordentliche Kirchliche Angelegenheiten, Francesco Borgongini-Duca, habe ihm zu verstehen gegeben, dass an eine Maßregelung Haegys nicht gedacht werde¹⁴⁰. Um eine Stellungnahme des Vatikans zu erreichen, die die Unterstützung für Ruch dementiere, sei es sinnvoll, sich an Borgongini-Duca zu wenden¹⁴¹. Dieser gewährte Raitz von Frenz jedoch keine Audienz, und das Gerücht, Borgongini sei franzosenfreundlich eingestellt und sogar ein Duzfreund des Straßburger Bischofs, machte schnell die Runde¹⁴².

Auch die französische Botschaft am Heiligen Stuhl machte ihren Einfluss geltend. Eine von ihr an das päpstliche Staatssekretariat übersandte Note enthielt die Behauptung, der Colmarer Verband der UPR habe bereits ein Jahr zuvor feste Absprachen mit den Kommunisten getroffen. Das Dokument erwähnte besonders die Gemeinderatswahlen, die im Mai 1929 stattgefunden hatten: Rossé hatte in Colmar für den zweiten Wahlgang eine Liste aufgestellt, auf der auch kommunistische Kandidaten vertreten waren¹⁴³. Besonders Haegy war Zielscheibe der Kritik, da der von ihm geleitete »Elsässer Kurier« die Machenschaften Rossés unterstützt habe¹⁴⁴.

Unterdessen ließ Ruch kaum eine Möglichkeit aus, dem päpstlichen Staatssekretariat seinen Unmut über die Aktivitäten Haegys kundzutun. Sein Opponent, so Ruch, verbreite religiöse Fehlinterpretationen, beuge sich nur unzureichend der Autorität seiner Kirchenoberen und scheue auch vor Unwahrheiten und unlauteren Mitteln nicht zurück, um seine Ziele zu verfolgen. Haegy sei davon überzeugt, dass die deutsche Kultur ein wirksames Mittel gegen die französische Laiengesetzgebung sei. Dabei habe er allerdings wichtige Prinzipien aus dem Auge verloren: Seine Zeitungen verbreiteten Annoncen, in denen für Theater, Tanz und »gefährliches Kino«

137 Ibid.

138 Zum Konkordat mit Preußen, das im Juli 1929 den preußischen Landtag passierte, siehe u.a. Stewart A. STEHLIN, *Weimar and the Vatican 1919–1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years*, Princeton, N.J. 1983, S. 412–429.

139 Über Raitz von Frenz neuerdings Andreas BURTSCHIEDT, *Edmund Freiherr Raitz von Frenz. Rom-Korrespondent der deutschsprachigen katholischen Presse 1924–1964*, Paderborn u.a. 2008 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B 112).

140 Raitz von Frenz an Bergen (22.1.1929), PA/AA, R 30201a: Elsass-Lothringen A: Die Stellung Elsass-Lothringens im französ. Staat sowie die elsass-lothring. Autonomiefrage, Bd. 2: März 1928–März 1934, fol. 112r–116r, hier 114r.

141 Ibid.

142 Ibid., fol. 115r.

143 DREYFUS, *Vie politique* (wie Anm. 10), S. 148.

144 Note sur la collusion des catholiques autonomistes avec les communistes aux élections municipales de Mai 1929 à Strasbourg et Colmar (o.D.), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 195, fol. 18r–19v. Die Note wurde dem Staatssekretariat am 13.8.1929 von der französischen Botschaft übergeben. Aide-Mémoire (13.8.1929), *ibid.*, fol. 17r.

geworben werde, zudem unterstütze er ungerechtfertigte und kontraproduktive Attacken gegen den französischen Staat, die der katholischen Kirche Schaden zufügten. Gegen den Willen des Bischofs habe sich der Chefredakteur mehrmals politisch geäußert, und Versuche, den widerspenstigen Priester zur Raison zu bringen, seien an dessen Mangel an Kooperationsbereitschaft gescheitert. Ruch führte mehrere Personen an, die seine Sicht der Dinge zu belegen schienen¹⁴⁵. Zahlreiche Ereignisse des Jahres 1929 schienen seinen politischen Absichten in die Karten zu spielen: Der Kommunist Charles Hueber etwa war im Mai 1929 mit Unterstützung der UPR in das Amt des Straßburger Bürgermeisters gelangt, und im August war Rossé auf dem Katholikentag in Freiburg im Breisgau als Vertreter der elsässischen Katholiken aufgetreten, was allgemein als separatistische Bekundung verstanden wurde¹⁴⁶. Dennoch hat es den Anschein, als habe der Bischof im Vatikan mit seinen Klagen über Haegy wenig Erfolg gehabt. Mitte September 1929 kehrte er aus Rom zurück, wo er offenbar keine Unterstützung für eine Verurteilung der Zusammenarbeit von Katholiken und Kommunisten hatte erreichen können. Anstelle dessen hatte er die Weisung erhalten, ein Gespräch mit Haegy zu führen und ihm Bedingungen für eine Fortführung seiner politischen Tätigkeiten aufzuerlegen. Maglione gab allerdings zu verstehen, dass nach seinem Dafürhalten keine Zustimmung des Staatssekretariats erforderlich sei, um die Erklärung zu veröffentlichen. Eine Zustimmung sei dennoch willkommen¹⁴⁷.

Die Bedingungen, die der Bischof daraufhin dem Chefredakteur stellte, dürften also mit dem Vatikan vereinbart worden sein: Haegy musste sich schriftlich verpflichten, den Bischof häufiger zu konsultieren und mäßigend auf die Berichterstattung in seiner Zeitung einzuwirken¹⁴⁸. Die ausgearbeitete Erklärung, die Haegy sicherlich nicht freiwillig unterzeichnete, enthielt zudem Klauseln, in denen sich der Chefredakteur zu einer Mäßigung seiner Sprache verpflichtete¹⁴⁹. Später ließ Pizzardo Ruch noch einmal wissen, dass das Staatssekretariat dessen Maßnahmen gutheiße¹⁵⁰. Das Lob ließ sich indes auch als Abkehr des Staatssekretariats von der uneingeschränkten Unterstützung begreifen, die Ruch bislang genossen hatte; denn Haegy ermöglichte das Abkommen, weiterhin politisch tätig zu sein.

Das Staatssekretariat griff im Februar 1930 zugunsten der elsässischen Priester in die Angelegenheit ein. Maglione erhielt aus der römischen Zentrale eine annähernd fünfzig Seiten starke Denkschrift, die, wie der Begleitbrief bemerkte, einen leicht »tendenziösen« Anstrich hatte, aber von einer »respektablen« Person verfasst worden sei¹⁵¹. Die anonyme Schrift hob besonders die Fehler hervor, die Ruch begangen habe: Als Bischof könne dieser die Regionalisten in seiner Diözese nicht mehr erreichen, was einem politischen Fehler gleichkomme. Die Schuld am Ungehorsam der

145 Aufzeichnung Ruchs (14.9.1929), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 195, fol. 79r–91r, hier bes. fol. 79r–84r u. 88r–89r.

146 Dreyfus, *Vie politique* (wie Anm. 10), S. 149 u. 154.

147 Maglione an Gasparri (21.9.1929), ASV, A. E. S. Francia, 4. Per., Pos. 641, fasc. 196, fol. 3r–4r.

148 Ruch an Staatssekretariat (17.9.1929), *ibid.*, fasc. 195, fol. 59r–60v.

149 Erklärung Haegys (17.9.1929), *ibid.*, fasc. 195, fol. 92r.

150 Pizzardo an Ruch (o.D.), *ibid.*, fasc. 195, fol. 93rv.

151 Staatssekretariat an Maglione (1.2.1930 – Entwurf), *ibid.*, fasc. 196, fol. 55r.

Priesterschaft trage Ruch in Wirklichkeit selbst. Denn der »von brennendem Patriotismus« beseelte Bischof habe im Widerstreit verschiedener katholischer Strömungen Partei ergriffen¹⁵².

Maglione wies den neuen Kardinalstaatssekretär im Vatikan, Eugenio Pacelli im April 1930 auf Beschwerden aus den Reihen der UPR hin, die sich gegen den Bischof wandten. Deutlich zeigte der Bericht des Nuntius in Paris, das auch das Schreiben der deutschen Priester Eindruck gemacht hatte: Der Nuntius beabsichtigte, Ruch bei dessen bevorstehenden Besuch in Paris zu einem Gespräch einzubestellen. Zwar ließ Maglione deutlich erkennen, dass er auch den Regionalisten mit Skepsis gegenüberstand, und betonte mehrmals, dass der Bischof nicht die alleinige Verantwortung trage. So hätte sich die UPR deutlicher zu Frankreich bekennen müssen, und sowohl Riehl als auch Haegy hätten keine ausgewogene Schilderung der Lage geliefert. Aber gestützt auf mehrere Gutachten kreidete Magliones Bericht auch dem Bischof den Fehler an, sich zu deutlich von der UPR distanziert zu haben; Ruch sehe keinen Unterschied mehr zwischen der katholischen Partei und den Autonomisten. Maglione empfahl, den Bischof zu bitten, sich nicht weiter in die Politik einzuschalten und sich ganz auf das Pastorale zu beschränken. Er erbat sogar eine Weisung des Heiligen Stuhls, die er Ruch überbringen könne¹⁵³.

In einem Gespräch mit dem Kanoniker Charles Didio, der als moderater Anhänger der UPR galt, hatte der Bischof schon im Januar die Bemerkung fallen lassen, die Didio in ironischem Sinn verstand: Wenn er über Einfluss in Rom verfüge, möge der Kanoniker ihn einsetzen, um Ruchs Eintritt in ein Kloster zu ermöglichen¹⁵⁴. Am 13. März 1931 unternahm Ruch einen verzweifelten Versuch, sich der schwierigen Situation zu entziehen. Wie bereits zwölf Jahre zuvor bat er seine Kirchenoberen um Erlaubnis, das Bistum verlassen und in die Trappe eintreten zu dürfen¹⁵⁵. Der Bischof führte ein weiteres Mal zahlreiche Gründe für seinen Vorstoß an: Neben seiner Wertschätzung für den Orden und seinem Bedürfnis, sich noch stärker in den Dienst Gottes zu stellen, waren die Konflikte mit dem autonomistischen Klerus der Hauptgrund für das Gesuch. Da die überwiegende Mehrheit des elsässischen Klerus den Rücktritt befürworte, und eine Versetzung Ruchs in eine andere Diözese als Nachgeben gegenüber der deutschen Politik gedeutet werden könne, bleibe der Rückzug in das Kloster als einzig gangbarer Weg übrig. Ruch fand demütige, fast selbstlose Worte, um die Bitte zu untermauern:

»Il a été prouvé que le Saint Père ne peut pas avoir confiance en moi pour le contrôle doctrinal. Il faut, à ma place, un théologien qui offre des garanties plus sûres d'orthodoxie. [...] Je ne veux pas être damné. De plus en plus, j'ai peur de l'enfer¹⁵⁶.«

152 Denkschrift über das Elsass (o.D.), *ibid.*, fasc. 196, fol. 56r–104r, hier fol. 102r–104r.

153 Maglione an Pacelli (20.4.1930), *ibid.*, fasc. 197, fol. 17r–34r.

154 Didio an Maglione (19.1.1931), *ibid.*, fasc. 199, fol. 18r–28r, hier fol. 18r.

155 Ruch an Maglione (13.3.1931), *ibid.*, fasc. 199, fol. 15r.

156 Ruch an Maglione (14.3.1931), *ibid.*, fasc. 199, fol. 16r–17v, hier fol. 17rv.

Maglione, der die Bitte des Straßburger Bischofs einige Tage später an Pacelli weiterleitete, bezeichnete zwar einige der von Ruch angeführten Gründe als berechtigt, empfahl aber dennoch, das Gesuch abzulehnen. Ruch habe viele seiner Diözesanen verprellt, indem er sich den Anstrich von Parteilichkeit gegeben habe. »Patriotismus« und Abgehobenheit hob der Nuntius dabei als negative Charaktereigenschaften des Bischofs hervor. Aber ein Rücktritt des Bischofs werde sowohl beim elsässischen Klerus als auch in der französischen Politik einen falschen Eindruck erwecken. Besonders die französische Regierung, bei der das Verständnis für innerkirchliche Belange wenig ausgeprägt sei, werde mit Verweis auf das Konkordat auf die Einsetzung eines noch nationalistischeren Bischofs drängen. Maglione hielt es daher für günstiger, dem Bischof den Rückzug zu verwehren und ihn stattdessen dazu anzuhalten, sich auf seine pastoralen Aufgaben zu beschränken¹⁵⁷. Im April 1931 teilte Maglione dem Straßburger Bischof mit, dass der Heilige Vater dessen Gesuch abgelehnt habe¹⁵⁸. Ruch blieb nichts anderes übrig, als die Entscheidung zu akzeptieren¹⁵⁹.

Resümee

Die erneute Ablehnung der Bitte des Bischofs ähnelte in vielem der Situation, in der sich Ruch vor seinem Amtsantritt 1919 befunden hatte. In beiden Fällen erlaubte es die außenpolitische Situation dem Vatikan nicht, dem Gesuch nachzugeben. Wie 1919 fühlte sich Ruch auch gut zehn Jahre später nicht gewachsen, die Auseinandersetzung mit dem ›fremden‹ Diözesanklerus aufzunehmen. Zur schwierigen Situation des Bischofs trugen indes weitere Faktoren bei: Handlungen der deutschen und französischen Außenpolitik, aber auch pragmatische Erwägungen des päpstlichen Staatssekretariats schränkten die Optionen des Bischofs wesentlich ein.

Die Schwierigkeiten, in die Ruch geriet, verbanden sich mit der komplexen politischen Lage, in der sich die Region befand. Die Tatsache, dass sich die Kirchenpolitik in den 1920er Jahren kaum von dem außenpolitischen Spannungsfeld zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich zu lösen vermochte, zeigte sich in der Zeit der Autonomiekonflikte besonders deutlich: Die diplomatischen Bemühungen des deutschen Botschafters am Heiligen Stuhl, Diego von Bergen, dürften erheblich dazu beigetragen haben, dass sich die Wertschätzung, die der Vatikan für Ruch empfunden hatte, abschwächte. Der Einfluss der Außenpolitik war indes auch für die Ernennung Ruchs zum Straßburger Bischof maßgeblich, die auf Wunsch der französischen Regierung zustande kam. Selbst während des Schulkonfliktes, der für eine kurze Zeit die elsässischen Katholiken einte, hielt es Ruch für notwendig, den Protest selbst zu lenken oder ihn an Vertrauensleute zu delegieren, um dem deutschsprachigen Klerus nicht die Fäden in die Hand zu geben. Immerhin zeigte sich in dieser Situation, dass die Gegnerschaft zur Regierung Herriot genügend bindende Kraft erzeugte, um die Gräben zwischen Ruch und seinen Diözesanen zu überbrücken. Ohne die ›Bedrohung‹ durch eine sozialistische Regierung war dies hingegen kaum möglich.

157 Maglione an Pacelli (23.3.1931), *ibid.*, fasc. 199, fol. 9r–14r.

158 Maglione an Ruch (10.4.1931), ASV, Arch. Nunz. Parigi, b. 524, fasc. 1311, fol. 34r.

159 Ruch an Maglione (11.4.1931), *ibid.*, fasc. 1311, fol. 35r–36r.

Die Spannungen zwischen dem Bischof und dem Klerus waren vom ersten Tag von Ruchs Amtszeit an angelegt. Die Strukturen, die in Presse und Parteiwesen, aber auch im Umfeld des Klerus in der Zeit der deutschen Herrschaft entstanden waren, bestanden unverändert fort und änderten sich nur langsam. Gerade unter dem Klerus waren die Sympathien für einen starken Regionalismus auch am Ende des Jahrzehnts vorherrschend. Unter den christlichen Parteien sollte sich die UPR auch in den 1930er Jahren als stärkste Kraft behaupten. Und die katholische Presse, deren Hauptvertreter Haegy in einen kaum lösbaren Konflikt mit Ruch geriet, stand weitgehend in der Tradition der alten Zentrumspresse. Oppositionelle Strömungen, die selbst aus dem Lager der katholischen Kirche kamen, bildeten sich schnell heraus; zahlreiche Eingaben, die katholisch-autonomistische Repräsentanten an den Heiligen Stuhl richteten, zeigen dies. Ruchs Versuche, die französische Kultur zu stärken, gestalteten sich von Anfang schwierig.

Das Wirken Ruchs im Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg ist auch in Hinblick auf die Politik des Vatikans von Belang. Sowohl mit seinen Bemühungen, die Einführung interkonfessioneller Schulen zu verhindern, als auch mit seiner kompromisslosen Linie gegen die regionalistischen Priester in seiner Diözese konnte sich der Bischof nicht gegen den Eingriff des Vatikans wehren. Grundsätzlich war die Aversion der päpstlichen Politik gegenüber der sozialistischen Herausforderung zwar groß, und auch in der Abwehr laizistischer Gesetzesbestrebungen konnte sich Ruch bis zu einem gewissen Punkt auf vatikanische Rückendeckung verlassen; aber nicht nur Ideologie, sondern auch außenpolitische Interessen bestimmten die Handlungen des vatikanischen Staatssekretariats. Der Wunsch, die Beziehungen zur französischen Regierung zu verbessern, führte die päpstliche Diplomatie sowohl im Fall des Konfliktes mit der Linksregierung als auch zur Zeit der Autonomistenkrise dazu, eine deutlich konziliantere Haltung als der Straßburger Bischof einzunehmen. Ob diese Haltung des Staatssekretariats allein mit der Situation in Elsass-Lothringen zusammenhängt, oder auch mit grundsätzlichen Erwägungen über den politischen Umgang mit Nationalitätenkonflikten zu erklären ist, ist eine Frage, die die historische Forschung bislang offen lassen musste¹⁶⁰.

Indes zeigt der hier untersuchte Lebensabschnitt Ruchs auch, dass sich das Verhältnis zwischen katholischer Kirche, dem Elsass und dem französischen Staat noch einspielen musste. Die Frage, ob das Konkordat aus der Napoleonischen Zeit noch Gültigkeit habe, wurde aus Anlass der Bischofsernennung gestellt; sie kam erneut auf die Tagesordnung, als die katholische Kirche ihren Widerstand gegen die Schulgesetzgebung Herriots untermauern musste, und spielte schließlich auch eine maßgebliche Rolle, als Ruch 1931 seinen Rückzug in ein Kloster anbot.

Auch in den 1930er Jahren sollte die Konkordatsfrage das politische Geschehen beeinflussen: Als Chef der Volksfrontregierung griff Léon Blum die Pläne zur Ausdehnung der französischen Gesetzgebung auf Elsass-Lothringen erneut auf. Nach dem Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich im Jahr 1940 befasste

160 Im Rahmen des Münsteraner Exzellenzclusters »Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne« wird mein derzeitiges Forschungsprojekt dieser Frage anhand der Beispiele Elsass-Lothringens, Südtirols und Oberschlesiens nachgehen. Eine Projektbeschreibung findet sich im Jahrbuch der Historischen Forschung 2008, S. 81–89.

sich das päpstliche Staatssekretariat erneut mit den rechtlichen Grundlagen des Konkordats, anscheinend, um einer befürchteten Laisierung unter der deutschen Besatzung entgegenzuwirken¹⁶¹. In seinem ersten Wahlprogramm sollte 1981 auch Präsident François Mitterrand die Pläne seiner sozialistischen Amtsvorgänger aufgreifen; seine Ankündigung, die konkordatäre Sonderregelung für Elsass-Lothringen abzuschaffen, blieb in seiner Politik allerdings ohne Folgen¹⁶². Auf kirchenrechtlichem Gebiet schlägt sich der Einsatz, den Charles Ruch gezeigt hatte, bis zum heutigen Tag nieder.

161 Copie d'une note rédigée par Mgr. Pelt, évêque de Metz, pour Mgr. Battifol le 8 Février 1924, A.E.S. Francia, 4. Per., Pos. 455], fasc. 1, fol. 95r. Die Abschrift stammt aus dem Jahr 1940. Zu den Auswirkungen der deutschen Besatzung auf die Katholische Kirche siehe u.a. den von René Epp veröffentlichten Bericht, den die Generalvikare Kretz und Kolb 1940 verfaßt haben: Rapport sur la situation religieuse en Alsace a la fin de l'année 1940, in: Archives de l'Église d'Alsace, XLII (1983), S. 343–352.

162 René SCHNEIDER, La réception du Concordat dans les deux diocèses et sa continuité, in: Joseph DORÉ, Pierre RAFFIN (Hg.), Le Bicentenaire du Concordat. Colloque du 10 et 11 Septembre 2001, Straßburg 2001, S. 127–148, hier S. 147.